

Vorwärts

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnement - Preis pränumerando
 Vierteljahr 2.50 RM., monatlich 1.10 RM.,
 wöchentlich 25 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 abonnement: 1.10 Mark pro Monat
 Eingetragene in die Post-Verzeich-
 nisse. Unter Kreuzband für
 Deutschland und Österreich-Ungarn
 2.50 Mark für das übrige Ausland
 4 Mark pro Monat. Postabonnements
 nehmen an: Belgien, Dänemark,
 Holland, Italien, Luxemburg, Portugal,
 Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Die Insertions-Gebühr
 Beträgt für die sechsgehaltene Kolonne
 je oder deren Raum 60 Pf. für
 politische und gewerkschaftliche Vereins-
 und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf.
 „Kleine Anzeigen“, das ist gedruckt
 Blatt 20 Pf. (zuletzt 2 Zeilenbreite
 Worte), jedes weitere Wort 10 Pf.
 Stellenangebote und Stellenange-
 berge das erste Wort 10 Pf., jedes
 weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buch-
 staben zählen für zwei Worte. Inserate
 für die nächste Nummer müssen bis
 5 Uhr nachmittags in der Expedition
 abgegeben werden. Die Expedition ist
 bis 7 Uhr abends geöffnet.

Ercheint täglich.

Berliner Volksblatt.

Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Donnerstag, den 9. Dezember 1915.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Erfolgreiche Angriffe auf montenegrinische Stellungen.

Der große Tag.

Auf der Tagesordnung der heutigen Reichstags-Sitzung steht die sozialdemokratische Interpellation über die Geneigtheit der Regierung zu Friedensverhandlungen. Daß es in dem üblichen Berichtsstunden ein „großer Tag“ des Parlaments sein wird, ist kaum zu bezweifeln. Der Reichskanzler wird reden, vielleicht auch noch der Staatssekretär des Auswärtigen. Das Haus wird nahezu vollständig besetzt sein, auf die Tribünen wird der übliche Ansturm erfolgen und über dem Ganzen wird jene Stimmung lagern, die sich nur einzustellen pflegt, wenn über wichtige, die gesamte Nation berührende Gegenstände geredet wird. Ob es aber ein großer Tag in des Wortes tieferer Bedeutung sein wird, das läßt sich nicht voraussagen, das hängt ausschließlich vom Parlamente selbst und in erster Linie von der Sozialdemokratie und ihren Rednern ab.

Eine Interpellation ist eine Anfrage an die Regierung in besonders feierlicher Form. Sie verfolgt nicht nur, wie die sogenannten kleinen Anfragen, den Zweck, über eine bestimmte Sache eine Auskunft zu erhalten. Sie ist nicht nur ein Weg, auf dem sich berechtigte Reuegierde befriedigen läßt, sondern sie gehört zu den Mitteln parlamentarischer Kontrolle. Sie will den Standpunkt der Regierung kennen lernen, um ihn kritisieren zu können. Sie soll Gelegenheit bieten, die eigenen Ansichten und Absichten mit denen der Regierung zu vergleichen, sie ihnen unter Umständen entgegenzustellen und sie den ausführenden Organen als Richtschnur ihrer Politik zu empfehlen. Es gibt Fälle, in denen eine Interpellation eingebracht wird, um der Regierung die von ihr selbst gewünschte Möglichkeit zu einer Mitteilung über ihre Meinungen und über ihre Pläne zu gewähren, meistens aber bedeutet die Interpellation, daß die, die sie stellen, von vornherein größere oder geringere Zweifel über die Zweckmäßigkeit der Regierungspolitik hegen.

Die Art der Fragestellung hängt von den Umständen ab. Häufig mag es ausreichen, sie ganz allgemein zu halten. Sehr oft aber wird es nötig sein, ein besonderes Gewicht auf die Form zu legen, und die Frage möglichst genau zu fassen, um dem Antwortenden ein Ausweichen und ein Umgehen des wichtigsten Punktes zu erschweren. Die Minderheit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion ist der Meinung gewesen, daß die schärfere Formulierung auch diesmal am Platze sei. Sie wollte vom Kanzler wissen, ob er die Geneigtheit besitze, Friedensverhandlungen auf der Basis eines Verzichtes auf Annexionen durch alle kriegsführenden Länder zu führen. Die jetzige Interpellation der Fraktion spricht aber nicht von Annexionen. Sie schreibt also der Regierung keine bestimmte Marschroute vor und sagt formell auch nichts über die Auffassung der sozialdemokratischen Fraktion von den Möglichkeiten der Friedensverhandlungen und des Friedensschlusses. Wir bedauern das, weil uns hier eine genaue Antwort mehr als je dringend notwendig erscheint, und weil wir es für wünschenswert gehalten hätten, daß schon durch die Fassung der Frage den Rednern der Fraktion ein bestimmter Leitfaden für ihre Ausführungen gegeben worden wäre.

Freilich hätte ja für Herrn von Bethmann Hollweg kein staatsrechtlicher Zwang bestanden, die schärfer gestellte Frage präzise zu beantworten. Grundfährlich ist er überhaupt nicht genötigt, auf Dinge, die ihm un bequem sind, einzugehen, und er könnte sich, wenn er wollte, auf das Vorbild Bismarcks berufen, der im Preussischen Landtage im Jahre 1867 mit der ihm eigenen Rücksichtslosigkeit ein für allemal ablehnte, „über schwebende Verhandlungen mit auswärtigen Mächten, über bevorstehende Verhandlungen mit auswärtigen Mächten öffentlich Auskunft zu geben.“ Aber das ganze Interpellationsrecht des Deutschen Reichstages ist in den Bestimmungen der Verfassung nur unzureichend fundamementiert. Es ist mehr oder weniger ein Anspruch, der sich aus der einfachen Tatsache eines Vorhandenseins des Parlaments ableitet, und die Rücksicht auf diese Tatsache wird es einer Regierung immer schwer machen, einer bestimmt vorgebrachten Frage ohne weiteres aus dem Wege zu gehen. Man hat dem Kanzler aber sicher mit der Ablehnung der Minderheitsformulierung erleichtert, um den heißen Brei vorsichtig herumzugehen.

Das um so weniger, als leider auch in einer Reihe von sozialdemokratischen Blättern Herr von Bethmann Hollweg andergeföhrt worden ist, daß er im gegenwärtigen Moment mit Rücksicht auf den zu erwartenden Eindruck in Auslande die Ablehnung von Annexionen nicht ausdrücklich aussprechen dürfte. Noch ehe der verantwortliche Minister sich geäußert hat, wird ihm hier die beruhigende Versicherung gegeben, er habe keinerlei Kritik zu befürchten, wenn er bei der etwaigen Entwicklung seiner Friedensideen den wichtigsten Punkt des sozialdemokratischen Friedensprogramms un-

Meldung des Großen Hauptquartiers.

Amtlich. Großes Hauptquartier, den 8. Dezember 1915. (W. Z. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Versuche des Feindes, uns den Erfolg östlich von Auberive streitig zu machen, scheiterten. Außer den Gefangenen sind dort 3 Maschinengewehre in unsere Hand gefallen.

Nordöstlich von Souain wurde den Franzosen die Stellung auf der Höhe 193 in einer Ausdehnung von etwa 500 Metern entziffen. Vier Gegenangriffe wurden abgeschlagen. Ein Offizier, 120 Mann sind gefangenengenommen. 2 Maschinengewehre erbeutet.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

An der Front der Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls v. Hindenburg wurden vereinzelt Vorstöße schwächerer russischer Abteilungen zurückgeschlagen.

Valkanriegsschauplatz.

Bei Ipeel wurden 80 Geschütze und viel Kriegsgerät erbeutet. Gefessern sind über 2000 Gefangene gemacht worden.

Oberste Heeresleitung.

Der österreichische Generalstabsbericht.

Wien, 8. Dezember. (W. Z. B.) Amtlich wird verlautbart: 8. Dezember 1915.

Russischer Kriegsschauplatz.

Nordöstlich von Czartorysk betriet österreichische Landwehr stärkere russische Erkundungsabteilungen. Sonst nichts Neues.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Die Geschützkämpfe an der Isonzofront waren gestern heftiger als in den letzten Tagen. Nachmittags schritt der Feind zum Angriffe auf den Nordteil der Hochfläche von Doberdo. Gegen den Monte San Michele brach die italienische Infanterie in dichten Massen vor. Am nördlichen Hange des Berges gelang es ihr, in einen Teil unserer Front einzudringen. Unsere Truppen gewannen durch Gegenangriff in erbittertem Handgemenge ihre Gräben wieder vollständig wieder zurück; im übrigen wurde der feindliche Ansturm durch Feuer unter schweren Verlusten der Italiener zurückgeschlagen. Auch im Abschnitt von San Martino scheiterten mehrere Vorstöße des Gegners. Abends wurde Sissiana von mehreren italienischen Torpedofahrzeugen beschossen.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Unsere Angriffe gegen die montenegrinischen Stellungen nördlich von Berane haben Erfolg. Wir erfarnten an mehreren Punkten die feindlichen Linien. Ipeel ist vom Gegner gefäubert. Unsere Truppen erbeuteten achtzig Geschütze, hundertsechzig Munitionswagen, vierzig Automobile, zwölf fahrbare Feldbatterien, einige Tausend Gewehre und viel anderes Kriegsgerät. Die Zahl der gestern von der Armee des Generals v. Kowef eingebrahten Gefangenen übersteigt abermals zehntausend Mann; unter ihnen befinden sich dreihundert Montenegriner. Die Urauten nehmen überall in den Kämpfen gegen die Reste der serbischen Armee teil.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes.
v. Dosefer, Feldmarschalleutnant.

Italienischer kleiner Kreuzer versenkt.

Wien, 8. Dezember. (W. Z. B.) Amtlich wird verlautbart: Eines unserer Unterseeboote hat am 5. d. Mts. um 10 Uhr vormittags vor Salona einen italienischen kleinen Kreuzer mit zwei Schloten versenkt.

Flottenkommando.

berücksichtigt lasse, und das ist, gelinde gesagt, eine sehr merkwürdige Politik. Sie zeugt von einem außerordentlich geringen Vertrauen in die Güte der eigenen Sache, und sie muß in ihrer Konsequenz zu der Forderung führen, daß auch die Vertreter der sozialdemokratischen Partei im Reichstage um des Eindruckes nach außen willen auf die Betonung ihrer wichtigsten Grundzüge Verzicht leisten müssen. Denn es wäre doch geradezu eine Komödie, die eigenen Friedensbedingungen herborzubeben, ohne gleich-

zeitig von der Regierung zu fordern, daß sie sich ebenfalls zu ihnen bekennet.

Dieselbe Schwachmütigkeit, die sich hier offenbart, tritt aber auch in der ebenfalls in einigen sozialdemokratischen Blättern kundgegebenen Auffassung zutage, alles Reden im Parlament sei unnütz, und letzten Endes könnten den Frieden nur die Kanonen auf den Schlachtfeldern herbeiführen. Der militärische Sieg Deutschlands sei der einzige Weg zur Wiederherstellung der Ruhe Europas. Wenn das richtig ist, dann war die ganze Interpellation von vornherein überflüssig, und wenn der Abgeordnete Lensch, der in der Presse ähnliche Ansichten ausspricht, damit die Meinung der Fraktionsmehrheit wiedergeben wollte, so würde sich daraus der Schluß ziehen lassen, daß diese die Anfrage überhaupt nur gestellt hat, um der Minderheit den Wind aus den Segeln zu nehmen und den Anschein zu erwecken, als geschähe etwas, während in Wirklichkeit nichts geschieht. Das anzunehmen aber wäre eine schwere Beleidigung für die Mitglieder der Fraktionsmehrheit, und wir hoffen, daß die Reden der Genossen Scheidemann und Landsberg keinen Zweifel darüber lassen werden, daß sie sich selbst ernst nehmen, das heißt, daß sie fest von der günstigen Wirkung überzeugt sind, die eine rückhaltlose Vertretung der sozialdemokratischen Friedensgedanken im Ausland hervorruft. Selbst wenn die Regierung sich nicht entschließen kann, die Berechtigung der sozialdemokratischen Forderungen anzuerkennen, so bedeutet es schon viel, wenn sie wenigstens von der Sozialdemokratie selbst unter energischer Ablehnung aller entgegenstehender Programme im Reichstag verkündet werden. Zum mindesten das eine würde erreicht werden, daß das Mißtrauen schwindet, das einige unserer ausländischen Bruderparteien noch hegen; denn soweit wird doch wohl der Kleinglaube jener nur auf die Kanonen vertrauenden Parteigenossen nicht gehen, daß sie sich auch von einer Wiederannäherung der Sozialisten der verschiedenen Länder, von einer Wiederherstellung der Internationale, nichts für den Frieden verprechen.

Der heutige Tag kann zu einem großen Tag für die Sozialdemokratie, zu einem Schicksalstag für Europa werden. Erste Vorbedingung aber ist der Wille der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, die Gedanken, die sie sich nach der Ueberlieferung und dem Programm der Partei über den Frieden machen muß, rückhaltlos zu verkünden. Es kommt nicht darauf an, daß gesprochen wird, sondern was gesprochen wird. Der Interpellation muß der rechte Inhalt gegeben werden, wenn sie mehr sein soll als eine schöne Geste.

Die Dummen und die Schlaunen.

„Harmlose Idealisten“ nennt Herr Georg Bernhard in der „Voss. Ztg.“ die Leute, die auf dem Standpunkt stehen, daß Deutschland jetzt der Welt mitteilen könne, unter welchen Bedingungen es zum Frieden bereit sei. Eine solche Gesamtaufgabe der Kriegsziele werde im feindlichen Auslande falsch ausgelegt werden; die einen würden sie als ein Zeichen für die augenblickliche militärische Schwäche Deutschlands ausfahren und die anderen würden es so darstellen, als ob die deutsche Regierung den Frieden nur deshalb jetzt haben wolle, weil sie zurzeit günstigere Bedingungen erwarten dürfe als später.

Für die ganz Dummen, denen man einreden kann, daß Deutschland schon besiegt sei, wird jede deutsche Friedensneigung als Eingeständnis solcher Schwäche ausgelegt; und für die Schlaunen, denen die augenblickliche Lage nicht verheimlicht werden kann, wird jedes deutsche Friedenswort als ein Zeichen deutscher Furcht vor dem, was in der Zeiten Hintergründe schlummert, dargestellt.

Herr Bernhard glaubt damit den schlüssigen Beweis erbracht zu haben, daß nicht der Reichskanzler und der Reichstag, sondern nach wie vor nur die Kanonen sprechen müssen. Aber in Wirklichkeit hat er sich mit seinem Hinweis auf die „ganz Dummen“ selbst widerlegt. Mit dieser Kategorie muß zwar gerechnet werden, jedoch können wir unsere Entscheidungen nicht von der mutmaßlichen Wirkung auf sie abhängig machen. Schließlich wird es auch nach weiteren militärischen Erfolgen noch immer „Dumme“ geben, die diese Siege nicht anerkennen wollen, und es wird auch nicht an Zeitungen fehlen, die wie das von Bernhard zitierte „Echo de Paris“ diese Ignoranz geflüstert nähren.

Blieben also die Schlaunen, die auf eine Verschlechterung der Situation Deutschlands spekulieren. Zugegeben, daß sie erstler genommen werden müssen als die anderen. Aber ihre Auffassung der Dinge hängt in keiner Weise davon ab, ob die deutsche Regierung sich über ihre Ziele ausspricht oder nicht. Schweigt sie oder redet sie um den Kern der Sache herum, so können die Schlaunen genau so gut auf die Zukunft hoffen, wie wenn der Kanzler und die Parteien unumwunden sagen, wie sie sich eine Beendigung des Krieges denken.

Lossen wir doch die Dummen und die Schlaunen aus dem Spiel und halten wir uns ganz einfach an die Tatsache, daß in allen

Wären nach sechzehn Monaten eines furchtbaren Krieges eine starke Friedenssehnsucht vorhanden ist, vorhanden sein muß. Auf diese Waffen kann durch die Aufstellung des deutschen Friedensprogramms eine starke Wirkung ausgeübt werden — wenn anders das Programm sich in seinen Einzelheiten in dem Rahmen hält, den am 4. August 1914 durch die ausdrückliche Hervorhebung der rein defensiven Zwecke des Krieges gezogen wurde.

Das ist das eine. Und das andere mindestens ebenso wichtige ist, daß das deutsche Volk selbst ein Recht darauf hat, endlich genauer zu erfahren, zu welchen Küsten das Staatsgeschiff feuert.

Der montenegrinische Bericht.

Cetinje, 7. Dezember. (W. L. W.) Amtlicher Bericht. Am 5. Dezember griff der Feind unsere Vorposten bei Tischercevlj (N) und in der Richtung auf Pleško an. Durch hartnäckigen Widerstand hielten unsere schwachen Abteilungen sich den ganzen Tag, um sich sodann auf die Hauptverteidigungsstellung zurückzuziehen. In Verhinderung der Besatzung nahmen wir den Bezirk von Džajeva (N) räumen. An den anderen Fronten keine Veränderung. Am Morgen des 6. Dezember überflogen zwei österreichisch-ungarische Flugzeuge Cetinje und warfen acht Bomben ab, welche jedoch nur unbedeutenden Sachschaden anrichteten; eine fiel auf den Tennisplatz der englischen Gesandtschaft, eine andere an den Rand des Gartens der französischen Gesandtschaft und zertrümmerte einige Fenster. König Nikolaus begab sich sofort danach in beide Gesandtschaften, um den Gesandten von Frankreich und England einen Besuch zu machen.

Der bulgarische Kriegsbericht.

Sofia, 8. Dezember. (W. L. W.) Amtlicher Bericht vom 6. Dezember. Die Verfolgung der Franzosen auf beiden Ufern des Barzar wird unaufhaltsam von unseren Truppen fortgesetzt. Eine von Kishewo gegen Džrida vorrückende Kolonne hat die Linie Cernavoda—Vesocan—Belmet (15 Kilometer nördlich vom Džrida-See) erreicht. In Monastir sind unsere Truppen feierlich und mit großem Gepränge empfangen worden. Die ganze Bevölkerung war ausgerückt, um unsere siegreichen Truppen mit begeisterten Jurußen zu begrüßen. Die Beute in Monastir betrug: Zwei Depots mit Gewehren, Kriegsmaterial und Handbomben, ein Depot mit Uniformen und Decken, ferner Automobile und Benzin und viel anderes Material. In Dibra wurden tausend Gewehre, 120 Riflen mit Patronen und 22 Riflen mit rauchlosem Pulver erbeutet und 750 Mann gefangen genommen. In Dibra wurde auch ein Lager mit österreichisch-ungarischen Kriegsgefangenen angetroffen, die seit zehn Tagen kein Brot erhalten hatten. Achtzig von diesen Kriegsgefangenen sind halb tot. Es wurde sofort angeordnet, daß sie ärztliche Hilfe und Nahrung erhielten.

Die Haltung Griechenlands.

Sofia, 8. Dezember. (T. U.) Das Blatt „Minerva“ will von gut informierter Seite erfahren haben, die griechische Regierung habe im Einverständnis mit dem König und dem Generalstab beschlossen, den unklaren Verhältnissen ein Ende zu bereiten und ihren Standpunkt zu präzisieren. Sie wird diesen auch sämtlichen Kriegsmächten bekanntgeben. Die Note wird die Neutralität Griechenlands betonen und erklären, daß sich die griechische Regierung unbedingt an folgende Bestimmungen halten werde: Auf griechisches Gebiet flüchtende serbische Truppen werden entlassen. Das englisch-französische Oberkommando in Saloniki wird ersucht, zurückgeworfene Truppen mit ganzer Ausrüstung sofort einzuschiffen. Die griechische Regierung ersucht die Zentralmächte, bei der Verfolgung des Feindes die griechische Grenze nicht zu überschreiten, weil sie Garantien übernommen habe, daß die englisch-französischen Truppen aus Griechenland entfernt würden.

New York, 7. Dezember. (W. L. W.) Meldung des Reuterschen Bureaus. Der Korrespondent der „Associated Press“ in Athen hatte eine Unterredung mit König Konstantin. Der König sagte, Griechenland werde neutral bleiben. Es bestche keine Ursache anzunehmen, daß Griechenland die Entente an Deutschland zu verraten beabsichtige. Die griechische Neutralität sei bereits so weit als möglich gedeckt worden, um den Wünschen der Entente entgegenzukommen. Der König sagte weiter, er habe persönlich sein Wort verpfändet, daß die griechischen Truppen die Ententetruppen nicht angreifen würden, wenn die Entente ihrerseits verspricht, für den Fall, daß ihre Truppen auf griechisches Gebiet zurückgedrängt werden, diese einzuschiffen und den Balkanfeldzug als erledigt zu betrachten. Er würde in diesem Falle den Schutz seiner ganzen Armee gegen einen Angriff der Mittelmächte garantieren, so lange die Einschiffung dauerte. Mehr als das würde er nicht tun. Er würde seine Truppen nicht von Saloniki und der Grenze zurückziehen, noch gestatten, daß Griechenland mit Gewalt oder Schmeicheleien von seiner Neutralität abgebracht wird.

Tizza über die Balkanfrage und den Frieden.

Budapest, 7. Dezember. (W. L. W.) Abgeordnetenhaus. Ministerpräsident Graf Tizza äußerte sich folgendermaßen über die Balkanverhältnisse: Sicherlich erwartet das Haus nicht, daß ich mich jetzt mit der griechischen Frage eingehender befasse, da Griechenland augenblicklich mit Schweregeleit kämpft, auf welche jede Regierungserklärung nur stören einwirken könnte. Wir müssen in vollem Maße Griechenlands jetzige schwierige Lage berücksichtigen. Andererseits müssen wir den Ereignissen eine solche Richtung geben, daß Griechenland in der Friedenszeit die Stellung einnehmen kann, welche ihm naturgemäß gebührt. (Allgemeine lebhafte Zustimmung.) Andererseits glaube ich, kann man den Anschluß Bulgariens an das zentraleuropäische Bündnis auch in Rumänien ohne jedes Bedenken aufnehmen. Ich glaube, die große Mehrheit der ungarischen Meinung und ich jedenfalls haben die natürliche Orientierung Rumäniens so beurteilt, daß Rumänien gegenüber der drohenden größten Gefahr der russischen Expansion die Wahrung seiner Interessen und die Bürgschaft seiner Sicherheit im Bündnis mit der Monarchie und Deutschland suchen müsse. Das ist auch die zur Ueberlieferung gewordene Politik der großen rumänischen Staatsmänner gewesen und war vor allem die Politik des größten Staatsmannes, der bisher das Schicksal Rumäniens in den Händen hatte, die Politik des hochseligen Königs Karol.

Ich werde mich jetzt, insbesondere von diesem Blatte aus, jeder Kritik enthalten. Aber wenn ich die einfache Tatsache feststelle, daß leider in der letzten Zeit diese Politik zu schwanken schien, daß in Rumänien auch entgegengegesetzte Strömungen aufzutreten begannen, und daß infolge dessen Rumänien nicht den Platz in diesem Weltkriege eingenommen hat, den es nach der Auffassung von vielen hätte einnehmen sollen, so enthalte ich mich damit jeder Kritik. Es ist schließlich Rumäniens Sache, zu beurteilen, wem es sich in seinem eigenen Interesse anschließen soll. Wir können mit der vollkommenen Seelenruhe dem Entschlusse Rumäniens entgegensehen, den einerseits das Bewußtsein gibt, daß zwischen uns und Rumänien eine Gemeinsamkeit von wohlverstandenen Interessen be-

steht, und andererseits das sichere Bewußtsein, daß, wie auch Rumäniens Entschlusse ausfallen möge, dieser keinen entscheidenden Einfluß auf das Schicksal der Monarchie ausüben können. (Lebhafte Zustimmung.) Wir halten an der Auffassung fest, daß Rumänien natürlicher Platz an unserer Seite und im Bündnis mit uns ist, und wir richten demgemäß unsere Politik gegenüber Rumänien ein, aber wir überlassen es vollständig den politischen Führern des unabhängigen rumänischen Staates, ob sie sich auf diesem Standpunkt stellen und die Folgerungen daraus ziehen wollen oder nicht. Jedenfalls erhöht die Verbindung, die der Bund der beiden mitteleuropäischen Mächte mit Bulgarien und der Türkei eingegangen ist, den Wert unseres Bündnisses für Rumänien. Denn diese Verbindung gewährt Rumänien an seiner südöstlichen und südlichen Grenze volle Sicherheit, wenn es sich uns anschließt, und andererseits bringt sie die Monarchie in die Lage, daß wir mit vollkommener Seelenruhe den zukünftigen Ereignissen entgegensehen können. (Zustimmung rechts.)

Graf Tizza wendet sich dann gegen eine Äußerung des Grafen Karolyi und erklärt entschieden, er könne die Bemerkung, es sei zweifelhaft, wer den Krieg begonnen habe, nicht unterschreiben. Die Monarchie sei zweifellos dem Verteidigungscharakter des Bündnisses treu geblieben. Die Äußerungen der Ententezeit zeigten selbst, daß man auch auf gegnerischer Seite den Zweifeln nicht des Angriffes beschuldigen konnte, da ja die Monarchie bei Beginn des Krieges als der zweite Kranke Mann in Europa hingestellt und ihre Zerstückelung als eines der Ziele der Entente bezeichnet worden sei. Niemals habe es einen gerechteren Kampf um die Existenz, einen gerechteren Krieg zur Selbstverteidigung gegeben, als den gegenwärtigen.

Ueber die Frage des Friedensschlusses sagte Graf Tizza: Wann der Friede zustande kommt, hängt ausschließlich von unseren Feinden ab. Je später die Feinde zu der Ueberzeugung kommen, daß ein weiteres Kriegsführen nur ein zweckloses, verheerendes Blutvergießen ist, je größer die Opfer sein werden, die der Krieg und auferlegt, um so schwerer werden natürlich für unsere Feinde die Friedensbedingungen sein. (Zustimmung rechts und in der Mitte.)

Der französische Tagesbericht.

Paris, 7. Dezember. (W. L. W.) Amtlicher Bericht vom Dienstagmorgens: Im Laufe der Nacht nur eine ziemlich lebhafte Kanonade in der Champagne und östlicher Kampf um einen von unseren vorgeschobenen Posten südlich von St. Souplet.

Paris, 8. Dezember. (W. L. W.) Amtlicher Bericht von gestern abend: In Belgien beschloß unsere Artillerie, mit der belgischen Artillerie zusammenwirkend, ein feindliches Werk in der Umgegend von Hei Sas; das Werk wurde vollständig zerstört, zwei Munitionslager gingen in die Luft. Im Artois wurde der Artilleriekampf im Laufe des Tages sehr lebhaft; heftiges Geschützfeuer von beiden Seiten in der Umgegend von Oisemont und nördlich vom Bois-en-Charbon, wo auch mit schweren Bomben gekämpft wurde. Im Abschnitt an der Aisne Straße beschloß unsere Artillerie feindliche Verbindungsgräben mit Erfolg; aus der Gegend von Craonne meldet man Patrouillengefächte, bei denen wir einen Vorteil hatten. In der Champagne dauerte der Kampf um den Besitz eines vorgeschobenen Schützengrabens fort; südlich von St. Souplet führten unsere Gegenangriffe bereits zur Wiedererinnung eines großen Teiles des verlorenen Grabensfeldes. Ein anderer östlicher Angriff von geringer Erheblichkeit fand östlich vom Hügel von Souain statt.

Belgischer Heeresbericht. Außer wirksamem Feuer auf feindliche Gruppen nördlich und südlich von Dignamden beschloßen unsere Batterien deutsche Schützengräben um Boumen zur Vergeltung dafür, daß der Feind Tränen erregende Granaten verwendet. In dem Abschnitt von Steenstraete wirkt unsere Artillerie mit den französischen Batterien bei Zerstörung wichtiger feindlicher Erdarbeiten zusammen. Gewissen Anzeichen erlauben den Schluß, daß die Uberschwemmung in der Gegend an der Hier den feindlichen Truppen Schwierigkeiten macht; vom Wasser bedroht, haben sie viele vorgeschobene Werke verlassen.

Neue Sitzung des Entente-Kriegsrats.

Paris, 8. Dezember. (W. L. W.) Amtliche Mitteilung der Agence Havas. Im Laufe des gestrigen Vormittags fand im großen Hauptquartier ein neuer Kriegsrat statt, dem die Vertreter der Verbändemächte beimohnten. General Joffre, Oberbefehlshaber der französischen Armee, führte den Vorsitz. Dem Kriegsrat wohnten bei: für Rußland Vizegeneralfissimus General Schilinski; für England der Vertreter des britischen großen Generalstabes General Murray und der Oberbefehlshaber der englischen Armee in Frankreich, Marshall French; für Italien Vizegeneralfissimus General Borro; für Belgien der Chef des belgischen Generalstabes, für Serbien Oberst Stefanowitsch; endlich war auch ein Vertreter der japanischen Armee anwesend. Nach dem Kriegsrat gab der Ministerpräsident im Quai d'Orsay ein Frühstück zu Ehren der Vertreter der alliierten Mächte.

Der russische Generalstabsbericht.

Petersburg, 8. Dezember. (W. L. W.) Amtlicher Bericht vom 7. Dezember. In der Gegend des Fleckens Strowo südlich der Wissa schossen wir ein feindliches Flugzeug herunter und nahmen die Insassen gefangen. In der Gegend des Dorfes Janowka (9 Kilometer nordöstlich Wuczaj—Galizien) versuchte der Feind unter dem Schutze heftigen Artilleriefeuers nach Osten vorzugehen, wurde aber auf Bielawa zurückgeworfen; ebenso waren feindliche Versuche, unsere Truppen in der Gegend der Dörfer Jaglowe und Pawjowka (15 Kilometer südöstlich Wuczaj) anzugreifen, ohne Erfolg. Desfalls des Swentensfeld, südlich der Wissa und in der Gegend des Dorfes Debrow (22 Kilometer nordwestlich Tarnopol) erfolgreiche Tätigkeit unserer Aufklärer. Von den anderen Abschnitten der Front ist nichts zu melden.

Die russischen Vorbereitungen in Besarabien.

Budapest, 8. Dezember. (T. U.) Wie der „Telegraphen-Union“ aus Bukarest gemeldet wird, sind am Montag seitens der Russen Eisenbahntransporte von Sipant nach Koboselija transportiert worden, von wo militärische Transporte abgehen sollen. Russische Offiziere erzählen, daß die Russen in einigen Tagen Czernowitz angreifen werden. Am Sonntag kam ein Sonderzug aus Koboselija nach Sipant, in welchem sich 100 Waggons mit russischen Verbundeten befanden, die weiter transportiert wurden. Russische Kavallerie, die bei Koboselija konzentriert war, wurde nach Süd-Besarabien abgehoben.

Meldung des türkischen Hauptquartiers.

Konstantinopel, 8. Dezember. (W. L. W.) Mitteilung des Hauptquartiers von gestern abend: An der Front verhindern unsere Truppen den Feind durch kräftige Angriffe, sich in seinen befestigten Stellungen bei Kut el Amara vollständig einzurichten. Am 6. Dezember näherten unsere Truppen sich mittels eines sechs Stunden dauernden heftigen Angriffes erfolgreich der Hauptstellung des Feindes; in diesem Kampfe nahmen wir ein Maschinengewehr und schossen ein

feindliches Transportschiff durch unsere Geschütze in Brand. Wir haben festgestellt, daß der Feind infolge seiner Niederlage bei Selmanpat eine Menge Kriegsgerät vergraben und Geschütze, Gewehre und Munition in den Tigris geworfen hat.

An der Dardanellenfront beschloß uns der Feind bei Anafarta unter Mitwirkung seiner Schiffe mit Unterbrechungen aus verschiedenen Richtungen. Unsere Artillerie erwiderte und nahm die Lager, Schützengräben und Transporte nebst Bedienungsmännern beim Feinde unter ein wirksames Feuer. Bei Ari Durun ziemlich heftiger Kampf mit Bombenwerfern und Geschützen. Unsere Artillerie erwiderte kräftig und brachte einen Teil der feindlichen Batterien zum Schweigen, verjagte einen feindlichen Kreuzer, welcher sich Ari Durun zu nähern versuchte, und zerstörte feindliche Schützengräben und einen Teil einer Bombenverstellung. Bei Sedd ul Bahr ziemlich heftiges feindliches Feuer mit Geschützen, Bombenwerfern und Lufttorpedos; unsere Artillerie erwiderte und brachte dies Feuer zum Schweigen.

Denkschrift

über die Mordtat des „Baralong“.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt unter der Ueberschrift: „Die Mordtat des „Baralong“.

In der bekannten „Baralong“-Sache sind vor kurzem die in Amerika aufgenommenen Verhandlungen eingetroffen. Darauf ist die nachstehend abgedruckte Denkschrift nebst den zugehörigen Verhandlungen der hiesigen Amerikanischen Vorkauf zur Mitteilung an die britische Regierung überfendet worden.

Denkschrift der deutschen Regierung über die Ermordung der Besatzung eines deutschen Unterseebootes durch den Kommandanten des britischen Hilfskreuzers „Baralong“.

Vor den öffentlichen Notaren W. C. Ansley in der Grafschaft Hancock im Staate Mississippi und Charles J. Denechaud im Gemeindebezirk Orleans im Staate Louisiana haben am 5. und 8. Oktober d. J. sechs Bürger der Vereinigten Staaten von Amerika die anliegenden eiblichen Befundungen über die Ermordung der Besatzung eines deutschen Unterseebootes durch den Kommandanten des britischen Hilfskreuzers „Baralong“ abgegeben (Anlage 1 bis 3).

Die Namen dieser Zeugen sind:

1. J. R. Garrett aus Niles in der Grafschaft Hancock im Staate Mississippi,
2. Charles D. Sighower aus Crystal City im Staate Texas,
3. Bud Emerson Palen aus Detroit im Staate Michigan,
4. Edward Clark aus Detroit im Staate Michigan,
5. R. H. Cosby aus Crystal City im Staate Texas,
6. James J. Curran aus Chicago im Staate Illinois.

Von den Zeugen sind Clark und Cosby 21 Jahre, Garrett und Sighower 22 Jahre, Palen 27 Jahre und Curran 32 Jahre alt. Alle erfreuen sich nach den über sie an Ort und Stelle eingezogenen Erkundigungen eines guten Rufes; Curran ist längere Zeit als Handlungsreisender in verschiedenen großen Geschäftshäusern Amerikas tätig gewesen.

Nach den übereinstimmenden Aussagen dieser Zeugen hat sich der Vorfalle wie folgt zugetragen:

Im August 1915 befand sich der britische Dampfer „Ricoftan“, der etwa 350 Rauttiere für Kriegszwecke an Bord hatte, also mit Nonsterbende beladen war, auf der Fahrt von New Orleans nach Abonmouth; die Zeugen waren als Rauttierpfleger und Aufseher mitgenommen. Am 19. August wurde der Dampfer etwa 70 Seemeilen südlich von Queenstown (Irland) von einem deutschen Unterseeboot angehalten und beschossen, nachdem zuvor die gesamte Mannschaft, darunter die Zeugen, das Schiff auf den Rettungsbooten verlassen hatte.

Als die Zeugen auf den Rettungsbooten außerhalb der Feuerlinie des Unterseebootes waren, näherte sich dem Schaulap ein Dampfer, der von den Zeugen Garrett, Sighower, Clark und Curran von der „Ricoftan“ aus bemerkt worden war und der sich später als der britische Hilfskreuzer „Baralong“ herausstellte. Beim Näherkommen dieses Dampfers erkannten sämtliche Zeugen deutlich, daß er am Heck die amerikanische Flagge führte und daß an seinen Seitenwänden große Schilder mit darauf gemalter amerikanischer Flagge angebracht waren. Da der Dampfer die Abzeichen eines neutralen Staates trug und Signale gesetzt hatte, die nach der Erklärung seeführender Leute von der Besatzung der „Ricoftan“ bedeuteten, daß er auf Wunsch Hilfe leisten wollte, sein Aeußeres auch durch nichts seinen kriegerischen Charakter verriet, nahm die in den Rettungsbooten befindliche Mannschaft an, daß er sich lediglich mit ihrer Rettung befassen würde.

Während das Unterseeboot aus nächster Nähe die Wasseroberfläche der „Ricoftan“ beschloß, kam der fremde Dampfer hinter dieser auf und fuhr an ihrer Steuerbordseite vorbei. Als er ein wenig über den Bug der „Ricoftan“ hinaus war, wurde von seinem Bord aus das Unterseeboot geschossen, und zwar wie, außer Garrett, sämtliche Zeugen angeben, zuerst mit Handfeuerwaffen und unmittelbar darauf auch aus Geschützen, die bis dahin durch Schutzwände verdeckt waren und erst nach deren Beseitigung sichtbar wurden. Der Zeuge Curran hat auch bekundet, daß die amerikanische Flagge, die das fremde Schiff am Heck führte, erst nach dem Gewehrfeuer niedergebort worden sei. Er hat diese Aussage in einer vor dem öffentlichen Notar Robert Schwarz in New York am 21. Oktober 1915 aufgenommenen Verhandlung wiederholt.

Als das von mehreren Schüssen getroffene Unterseeboot zu sinken begann, sprangen der Kommandant und eine Anzahl Seeleute über Bord, die Seeleute, nachdem sie sich vorher ihrer Kleidung entledigt hatten. Einigen von ihnen — die Zahl wird von den Zeugen Garrett und Curran auf fünf angegeben — gelang es, sich an Bord der „Ricoftan“ zu retten, während sich die übrigen an den Reinen hielten, die von den hinabgeführten Rettungsbooten der „Ricoftan“ ins Wasser hingen. Die an den Reinen hängenden Leute wurden teils durch Geschützfeuer der „Baralong“, teils durch Gewehrfeuer der Mannschaft getötet, während die Zeugen aus den Rettungsbooten an Bord der „Baralong“ stiegen oder sich daselbst bereits an Deck aufstellten. Der Zeuge Curran bekundet hierüber noch besonders, daß der Kommandant des fremden Dampfers seinen Leuten befohlen habe, eine Linie an der Reiling zu bilden und auf die hilflosen deutschen Matrosen im Wasser zu schießen.

Hierauf fuhr der Kommandant der „Baralong“ breitfüßig an die „Ricoftan“ heran, ließ diese festmachen und befahl sodann einigen seiner Leute, auf die „Ricoftan“ hinüberzugehen und die deutschen Matrosen, die sich darauf gerettet hatten, zu suchen. Die Zeugen Palen und Curran bekunden dabei, daß der Kommandant ausdrücklich angeordnet habe, keine Gefangenen zu machen. In der Tat wurden auf der „Ricoftan“ vier deutsche Matrosen im Maschinenraum und im Wellengang aufgefunden und ermordet.

Dem Kommandanten des deutschen Unterseebootes gelang es, wie die Zeugen übereinstimmend bekunden, nach dem Bug der „Ricoftan“ zu entkommen. Er sprang ins Wasser und schwamm um den Bug des Schiffes herum auf die „Baralong“ zu. Die englischen Seeleute an Bord der „Ricoftan“ schossen sofort auf ihn, obwohl er allen sichtbar die Hände zum Zeichen, daß er sich ergeben wolle, emporhob, und setzten das Feuer auch fort, nachdem ihn ein Schuß anscheinend in den Mund getroffen hatte. Schließlich übete ihn ein Schuß in den Nacken.

Vorübergehend wurden dann sämtliche Zeugen an Bord der „Ricoftan“ zurückbefohlen. Dort sahen die Zeugen Palen und Cosby je einen Leichnam eines deutschen Matrosen, während der Zeuge Curran, der mit den für die Vergung des Dampfers dringenden notwendigen Mannschaften an Bord verblieb, sämtliche vier Leichen gesehen hat, die am Nachmittag über Bord geworfen wurden.

Politische Uebersicht.

Neue Kriegskredite — zehn Milliarden.

Wolffs Telegraphenbureau meldet: Gutem Vernehmen nach ist dem Reichstag ein zweiter Nachtrag zum Reichshaushaltsetat für das Rechnungsjahr 1915 zugegangen, der eine Kreditforderung von zehn Milliarden Mark enthält.

Was will die „Deutsche Gesellschaft 1914“?

Die „Deutsche Gesellschaft 1914“, der bekanntlich die Genossen Lenck, Südekum, Böhrer, Arons angehören, teilt durch ein Wolff-Telegramm mit, in welcher Weise sie die „Pflege des Einheitsgedankens im deutschen Bürgerium“ ausüben will:

„Die Deutsche Gesellschaft 1914“ bezweckt nach § 1 ihrer Satzungen „reichsdeutschen Männern aus allen Berufen und Ständen ohne Unterschied der Partei die Möglichkeit eines vorurteilsfreien, zwanglosen geselligen Verkehrs zu geben und so den Geist der Einigkeit von 1914 in die Jahre des Friedens hindüberzutragen“. Für die Verwirklichung dieses Zweckes hat die Gesellschaft eine Art von Klubhaus eingerichtet, dieses mit Büchereien, mit Erfrischungsräumen, mit Leses-, Schreib- und Konferenzzimmern ausgestattet, um den Mitgliedern die tägliche Gelegenheit zum Verkehr und zur Aussprache auf einem gewissermaßen neutralen Boden zu geben. Fragen des öffentlichen Lebens sollen unter den verschiedensten Gesichtspunkten und von verschiedenem Standpunkte aus in Vorträgen erörtert und auch andere Veranstaltungen zur Belebung des Einheitsgedankens getroffen werden. Politisch tätig wird die „Deutsche Gesellschaft 1914“ nicht sein.

Weiter wird mitgeteilt, daß man an der Einigkeit von 1914 durch Zahlung eines jährlichen Beitrages von mindestens 60 M. arbeiten muß, daß aber Frauen die Mitgliedschaft nicht erwerben können. Auch ist die Mitgliederzahl der D. G. beschränkt, und die Mitgliedschaft erteilt man nur durch ausdrückliche Aufnahme.

Die „Bremer Bürgerzeitung“ schrieb schon vor einigen Tagen zu der Tatsache, daß einige Sozialdemokraten der neuen Gesellschaft angehören: „Die Herrschaften aus unseren Reihen werden sich nun bald entscheiden müssen, ob sie zur „Deutschen Gesellschaft“ oder zur Sozialdemokratie gehören wollen. Sollten sie wirklich keinen Standpunkt finden können, so muß er ihnen klar gemacht werden.“

Die Nationalliberalen zur Herabsetzung der Altersgrenze.

Die nationalliberale Fraktion des deutschen Reichstages hat sich einstimmig für die Herabsetzung der Altersgrenze zum Bezuge der Altersrente vom 70. auf das 66. Lebensjahr ausgesprochen und einen entsprechenden Antrag an den Reichstag gerichtet, in dem sie die unverzügliche Vorlegung eines entsprechenden Gesetzesentwurfes verlangt.

Das tägliche Brot.

Regelung der Butterversorgung.

(Amtlich.) Der Bundesrat hat in seiner Sitzung am 8. Dezember eine Verordnung über den Verkehr mit Butter beschlossen. Die Verordnung bezweckt in der Hauptsache, einen Ausgleich zwischen Butterüberschußgebieten und Butterbedarfsgebieten zu schaffen. Eine Vermittlungsstelle erhält das Recht, von Molkereien, die im Jahre 1914 mindestens 500 000 Liter Milch oder eine entsprechende Menge Rahm verarbeitet haben, bis zu 15 Prozent ihrer monatlichen Butterherstellung abzurufen und diese Butter Bedarfsgebieten zuzuwenden. Die Vermittlungsstelle, als die zunächst die Zentral-Einkaufsgesellschaft m. b. H. in Berlin in Aussicht genommen ist, soll in erster Linie solche Buttermengen in Anspruch nehmen, über die noch keine Lieferungsverträge abgeschlossen sind. Reichen diese Mengen nicht aus, so sind die durch Verträge verschlossenen Mengen entsprechend zu kürzen. Die Vermittlungsstelle gibt die Butter nur an Gemeinden oder vom Reichsanwalt bestimmte Stellen ab. — Die Verordnung enthält ferner Vorschriften über die Ausgabe von Butter- oder Fettkarten. Danach sind die Gemeinden berechtigt und auf höhere Anordnung verpflichtet, Butter- oder Fettkarten einzuführen und zu bestimmen, daß die billigere Butter und Fett der minderbemittelten Bevölkerung vorbehalten bleibt. Die Verordnung tritt am 1. Januar 1916 in Kraft.

Herabsetzung der Butterpreise in der Provinz.

Auf Grund des § 3 der Verordnung des Bundesrats über die Regelung der Butterpreise vom 22. Oktober 1915 sind die in der Bekanntmachung des Reichsanwalts vom 24. Oktober 1915 festgesetzten Grundpreise für die Provinzen Ostpreußen um 4 M., Westpreußen um 2 M., Schleswig-Holstein um 3 M., Posen und Hannover um 2 M., für einen Teil Brandenburgs um 1 M., für den Regierungsbezirk Koblenz um 2 M. und für die Regierungsbezirke Stettin und Stralsund um 1 M. herabgesetzt worden. Für die Umgebungen Groß-Berlins, Teile der Provinz Brandenburg sowie die übrigen Teile Preußens bleiben die durch die Bekanntmachung des Reichsanwalts vom 24. Oktober 1915 festgesetzten Grundpreise einseitig bestehen. Die abgestuften Grundpreise treten am 15. Dezember 1915 in Kraft.

Bierboykott der Wirte.

Die Bierfabrikanten in Rheinland-Westfalen haben ihre dritte Bierpreiserhöhung beschlossen. Während des Krieges wurde der Gestaltungspreis um 18 M. erhöht. Diese frühere Ausnutzung der Konjunktur hat endlich die Wirte in Darmstadt gebracht. Die Wirtvereinigungen in Solingen haben beschlossen, falls die Brauer auf der Erhöhung beharren, mit dem 15. Dezember den Bierauskauf einzustellen und gemeinsam leichten und billigen Wein einzulassen und zu verkaufen.

Letzte Nachrichten.

Eine Falschmeldung.

(Amtlich.) Berlin, 8. Dezember. (W. L. W.) In der französischen Kammer soll nach neutralen Presse-nachrichten die Auskunft erteilt worden sein, Deutschland habe bereits im vorigen Jahre die Jahresklasse 1916 einberufen, die jetzt in die Front gehe; von der Jahresklasse 1917, die in Abschnitten einberufen sei, werde der vorletzte Teil jetzt eingestellt.

Diese Auskunft ist falsch. Die Jahresklasse 1916 ist noch nicht einmal ganz in die Rekrutendepots eingestellt. Die Jahresklasse 1917 ist überhaupt noch nicht einberufen.

Bereine des Seinedepartements, um Stellung zu nehmen zu dem am 25. Dezember in Paris zusammentretenden Parteitag der gesamten sozialistischen Partei Frankreichs. Der Minister Sembat stattete der Versammlung einen kurzen Besuch ab. Die Genossen Bourderon und Merheim, die an der internationalen Konferenz in Zimmerwald teilgenommen hatten, wurden, als sie in der Versammlung erschienen, dem „Temps“ zufolge lebhaft zur Rede gestellt. Bourderon verteidigte sich und erklärte, er sei ausdrücklich als Vertreter der Minderheit nach Zimmerwald gegangen. Die Verhandlungen führten zu keinem Resultat. Man ernannte eine Kommission, die bis zum 19. Dezember eine annehmbare Resolution entwerfen soll. Die „Humanité“ nimmt von der ganzen Versammlung nur kurz Notiz, waagt es aber nicht, auf den Inhalt der Verhandlungen einzugehen. Der Genosse Merheim wollte am Abend in einer Volksversammlung über die Friedenskonferenz von Zimmerwald berichten, doch wurde die Versammlung von der Regierung verboten.

Kriegsdebatte im Unterhaus.

London, 8. Dezember. (W. L. W.) Unterhaus. Lonsdale fragte, ob ein Abkommen zwischen der englischen Regierung und den Vertretern der Kaufleute von Kopenhagen geschlossen worden sei, ob dieses Abkommen die Wiederausfuhr von Gütern nach kriegsführenden Ländern gestatte und ob der Minister die Bedingungen dieses Abkommens mitteilen wolle. Lord Robert Cecil erwiderte, er bedauere sehr, daß unüberwindliche politische Gründe ihn verhinderten, das Abkommen auf den Tisch des Hauses zu legen; er könne nur sagen, daß das Abkommen auf dem Grundsatze beruhe, daß ein wirksamer Unterschied zwischen dem augläubigen Handel der Neutralen und dem feindlichen Ueberseehandel gemacht werde. Auf eine weitere Frage erklärte Cecil, das Abkommen stehe im Einklange mit der Politik der Beschränkung der Einfuhr, deren Deutschland bedürfe, um den Krieg fortzuführen. Das Abkommen habe die Billigung der Admiralität und der anderen Ressorts gefunden; er könne nicht mitteilen, ob es dem Kabinett unterbreitet worden sei. Dalziel sagte, er werde bei nächster Gelegenheit auf die Frage zurückkommen. Lord Robert Cecil betonte, er könne keine Erklärung über das Verhältnis des Vierverbandes zu Griechenland abgeben. McKenna führte aus, daß die Goldreserven der Bank, einschließlich der Bank von England, am 30. Juni 110 Millionen Pfund Sterling betragen hätten. Das Publikum habe zu diesem Zeitpunkt schätzungsweise 75 Millionen gegen 78 Millionen Pfund Sterling am 30. Juni 1914 im Besitze gehabt. Auf eine Frage erklärte McKenna, der gegenwärtige Betrag des im Besitze des Publikums befindlichen Goldes sei natürlich sehr viel geringer. Jowett (Arbeiterpartei) fragte den Schatzkanzler, ob das Flugblatt, in dem die Arbeiter aufgefordert werden, weniger Fleisch und Brot zu verzehren und die größte Sparsamkeit zu üben, auch den Häften des jüngsten Lordmajorbanketts zugefunden worden sei. McKenna antwortete, er habe keinen Grund anzunehmen, daß dies nicht geschehen sei. Asquith lehnte es ab, Mitteilungen über die Ergebnisse der Reise Michener zu machen.

Wilson's Botschaft.

Washington, 7. Dezember. (W. L. W.) Meldung des Neuterischen Bureau's. Wilson's Botschaft an den Kongress spricht sich in sehr heftigen Worten über die Komplotte in den Vereinigten Staaten aus. Wilson beschuldigt Deutschland zwar nicht direkt, für die Komplotte verantwortlich zu sein, spielt aber in allgemeinen Ausdrücken darauf an. Der Präsident sagte, er glaube nicht, daß eine unmittelbare Gefahr für die Beziehungen der Vereinigten Staaten zu den anderen Ländern bestehe. Er fuhr fort: Ich muß leider mitteilen, daß die schwersten Drohungen gegen den nationalen Frieden und die Sicherheit innerhalb unserer eigenen Grenzen ausgestoßen wurden. Zu meinem Bedauern muß ich zugeben, daß Bürger, die unter anderen Flaggen geboren, aber in Amerika naturalisiert wurden, die Autorität und den guten Namen der Regierung in Verruf zu bringen und unsere Industrie zu vernichten versuchten, wo sie es als im Interesse ihrer Kasse gelegen betrachteten, daß sie versuchten, gegen sie Schläge zu führen und unsere politischen Bestrebungen den ausländischen Intrigen unterzuordnen.

Der Präsident fuhr fort: Obwohl die Zahl dieser Personen im Vergleich zu anderen fremden Einwanderern gering sei, habe sie die Vereinigten Staaten doch zu energischen gesetzlichen Maßnahmen gezwungen. Amerika erwartete niemals, daß Männer deutschen Ursprungs, welche bei der Erfüllung ihrer Untertanenpflicht so viel Freiheit genießen, sich in böswilliger Absicht gegen die Regierung und das Volk wenden würden, die sie willkommen hieß und ernährt. Der Präsident forderte den Kongress auf, Gesetze zu schaffen, die eine ausreichende Würgschaft gegen diese Uebelthäter. Solche von Leidenschaft und Treulosigkeit erfüllten anarchistischen Kreaturen machten vernichtet werden.

Der Präsident erklärte hierauf die Neutralitätspolitik der Vereinigten Staaten und sagte: Der zerstörende Krieg soll ungenutzt bleiben. Ein Teil der großen Familie der Völker sollte den Friedensprotest aufrecht erhalten, schon um einen allgemeinen wirtschaftlichen Ruin zu verhindern.

Ueber die Monroe-Doktrin sagte der Präsident: Wir halten unerwiderlich an ihrem Geiste fest. Im Falle Mexikos haben wir die Probe darauf bestanden.

Ueber den Panamerikanismus sagte der Präsident: Gerade weil wir eine unbelästigte Entwicklung und eine ungehörte Regierung nach unseren eigenen Grundrissen von Recht und Freiheit verlangen, sind wir gegen jede Einmischung, von welcher Seite immer sie kommen möge, in unsere Anschauungen. Wir wollen kein stehendes Heer erhalten, außer in dem Umfange, in dem es unsere Erfordernisse in friedlichen und kriegerischen Zeiten verlangen.

Der Präsident betont sodann die Notwendigkeit einer genügend großen Handelsflotte. Aus vielen gewichtigen Gründen sei es notwendig, daß die Vereinigten Staaten über eine große Handelsflotte verfügen, die sie einmal dazu benötigten, um reich zu werden. Wir haben uns durch unsere unentschuldbare Nachlässigkeit, Gleichgültigkeit und eine hoffnungslose kurzfristige provinzielle Politik des sogenannten wirtschaftlichen Schutzes fast um unsere Existenz gebracht. Es ist höchste Zeit, daß wir den Fehler gut machen und unsere kommerzielle Unabhängigkeit wieder erlangen. Die Botschaft lautet weiter: Die ganze amerikanische Hemisphäre muß die gleiche Unabhängigkeit und Selbstständigkeit genießen, wenn sie nicht in den Wirrwarr der europäischen Angelegenheiten hineingezogen werden soll.

Der Rest der Botschaft befaßt sich hauptsächlich mit der Besprechung der Rüstungspläne, der Vergrößerung von Armees und Flotte und Vorschlägen, wie die hierfür nötigen Gelder aufzubringen seien.

Große deutsche Vorbestellungen in Amerika?

London, 8. Dez. (W. L. W.) Die „Times“ erzählt aus New York, daß Deutschland, wie dort verlautet, in den Vereinigten Staaten Waren im Werte von hundert Millionen Dollar bestellt habe, die sechzig Tage nach Ablauf des Krieges in Deutschland abgeliefert werden sollen. Die Aufträge umfaßten Kupfer, Baumwolle, Wolle, Speck, Weizen, landwirtschaftliche Geräte usw. An der Vorbereitung zur Durchführung der Aufträge werde bereits gearbeitet. Die angelauten Waren sollen in der Nähe der atlantischen Häfen, wo zahlreiche deutsche Handelsschiffe liegen, aufgeschifft werden.

Der Kommandant der „Baralong“ ließ die „Nicotian“ einige Meilen nach Broommouth zu schleppen und darauf deren bei ihm zurückgebliebene Mannschaft an Bord der „Nicotian“ zurückbringen; zugleich sendete er einen Brief an den Kapitän der „Nicotian“, worin er diesen ersuchte, seiner Mannschaft, insbesondere den darunter befindlichen Amerikanern einzuschärfen, weder bei ihrer Ankunft in Liverpool noch bei ihrer Rückkehr nach Amerika etwas über die Angelegenheit zu verlauten zu lassen. Der Brief, den der Zeuge Curran selbst gelefen hat, war unterzeichnet: „Captain William McBride, S. M. S. Baralong“. Daß der fremde Dampfer „Baralong“ hieß, hat auch der Zeuge Dightower, während er sich an Bord dieses Schiffes befand, von einem Steward des Dampfers erfahren, während der Zeuge Palen bekundet, daß er beim Verlassen des Schiffes an seinem Bug diesen Namen in schwer lesbaren Buchstaben gelesen habe.

Die Aussagen der sechs Zeugen werden im wesentlichen von dem 18 Jahre alten Zeugen Barimore Holland bestätigt, dessen eidliche Aussage vor dem öffentlichen Notar Frank S. Carden in der Grafschaft Hamilton im Staate Tennessee am 12. Oktober 1915 abgegeben worden ist. Der Zeuge, der sich als Heizer auf der „Baralong“ befand, hat den unerhörten Vorfall an Bord dieses Schiffes miterlebt. Auch nach seinen Angaben hatte die „Baralong“ die amerikanische Flagge gesetzt und war, von dem Steward des Dampfers auf den Schauplatz zugefahren, wo sie, sobald das Unterseeboot sichtbar wurde, das Feuer auf dieses eröffnete und es so zum Sinken brachte. Er bestätigte ferner, daß etwa fünfzehn Leute der Besatzung des Unterseebootes, als dieses sank, über Bord sprangen und, teils im Wasser schwimmend, teils beim Versuch, an den Lauen der „Nicotian“ hinaufzuklettern, von dem Geschütz- und Geschwefel der „Baralong“ getötet wurden. Wenn seine Aussage in einzelnen Punkten von den übrigen Zeugenaussagen abweicht, so hat das seinen Grund offenbar darin, daß er die Vorgänge nur zum Teil selbst gesehen hat, während er andere Vorgänge, insbesondere die an Bord der „Nicotian“, anscheinend nur vom Hörensagen weiß.

Auf Grund des vorstehenden Materials kann es keinem Zweifel unterliegen, daß der Kommandant des britischen Hilfskreuzers „Baralong“, McBride, der ihm unterstellten Mannschaft den Befehl gegeben hat, hilf- und wehrlose deutsche Seeleute nicht zu Gefangenen zu machen, sondern sie feige zu ermorden, sowie daß seine Mannschaft den Befehl befolgt und sich dadurch des Mordes mitschuldig gemacht hat.

Die deutsche Regierung teilt diese furchtbare Tat der britischen Regierung mit und nimmt bestimmt an, daß diese, nachdem sie von dem Sachverhalt und den anliegenden Verhandlungen Kenntnis genommen hat, unverzüglich den Kommandanten und die beteiligte Mannschaft des Hilfskreuzers „Baralong“ wegen Mordes zur Verantwortung ziehen und nach den Kriegsgesetzen bestrafen wird. Sie erwartet in kürzester Frist eine Aeußerung der britischen Regierung, daß diese das Verfahren zur Sühnung des empörenden Vorfalls eingeleitet hat; demnachst erwartet sie eine eingehende Aeußerung über das Ergebnis des nach Möglichkeit zu beschleunigenden Verfahrens, um sich selbst davon überzeugen zu können, daß die Tat durch eine ihrer Schwere entsprechende Strafe geahndet worden ist. Sollte sie sich in ihrer Erwartung täuschen, so würde sie sich zu schwerwiegenden Entschlüssen wegen Vergeltung des ungeführten Verbrechens genötigt sehen.

Berlin, den 28. November 1915.

Vom U-Bootskrieg.

London, 8. Dezember. (W. L. W.) Meldung des Neuterischen Bureau's. „Daily Telegraph“ erzählt: Der britische Dampfer „Commodore“ wurde versenkt; einer von der Besatzung ist ertrunken.

Amerikanischer Tankdampfer versenkt.

New York, 8. Dezember. (W. L. W.) Meldung des Neuterischen Bureau's. Aus Rom wird gemeldet: Der amerikanische Tankdampfer „Communiopro“ wurde bei Tripolis versenkt. Ueber das Schicksal der Besatzung und über die Nationalität des U-Bootes ist nichts bekannt.

Zusatz des W. L. W.: Falls die Nachricht zutrifft, wird das Schiff Del, also Konterbande, an Bord gehabt haben.

Eine Oppositionsrede im ungarischen Reichstag.

Die „U. J. a. M.“ meldet vom 8. Dezember aus Budapest:

Im ungarischen Reichstag begannen gestern die Verhandlungen über das sechsmonatige Budgetprovisorium. Nach dem Bericht des Referenten sprach der Oppositionelle Graf Michael Karolhi der Regierung sein Mißtrauen aus, weil trotz der der Regierung zur Verfügung stehenden Ausnahmegerichte bei der Versorgung des Landes mit Lebensmitteln große Fehler begangen seien. Medner hält den Zeitpunkt für gekommen, vom Frieden zu sprechen. Für uns und Deutschland war der Krieg ein Defensivkrieg. Wir haben den Krieg zur Bächtigung Serbiens begonnen, da dies gelungen, ist der Friedensgedanke aktuell geworden. Jene, die den ersten Schritt zum Frieden tun, wird die Geschichte an die höchste Stelle setzen. Man braucht auch nicht zu befürchten, daß die Feinde dies als ein Zeichen von Schwäche ansehen würden, im Gegenteil — es ist eine Offenbarung der Stärke.

Budapest, 8. Dezember. (W. L. W.) Aus der gestrigen Rede des Ministerpräsidenten Grafen Tisza sind noch die folgenden Aeußerungen über die Friedensfrage nachzutragen: Ich meine, wir können in der Tat behaupten, daß die sachlichen Vorbedingungen des Friedens gegeben sind. Sie waren ja eigentlich immer gegeben, denn die Möglichkeit des Friedens hätte in dem Augenblick eintreten können (hörl! hörl!), da unsere Gegner ihren gegen uns gerichteten feindseligen und eroberungsjüchtigen Absichten entsagt hätten. Allein die inneren Vorbedingungen des Friedens sind im gegnerischen Lager noch nicht vorhanden. Diese inneren Vorbedingungen fehlten noch. Sie fehlten von Anfang an, da man noch glaubte, die Eroberungsabsichten würden mit Leichtigkeit sich verwirklichen lassen, sie fehlten später, denn es kamen immer neue Momente, auf die man Hoffnungen setzte, bald der Eintritt Italiens in den Krieg, bald die Erwartungen einer gleichen Stellungnahme Rumäniens, oder eines vollen Sieges an den Dardanellen, bald weiß Gott was. Jetzt ist ihre letzte Instanz noch die Hoffnung, daß bei uns Entmutigung und Erschöpfung eintreten werden. Das ist es, wogegen wir alle Stellung zu nehmen haben, wogegen wir alle die Wahrheit zur Geltung zu bringen haben, daß es in der ganzen ungarischen Nation keinen einzigen Mann gibt, der den Frieden früher schließen möchte, als nachdem die Vorbedingungen eines ehrlichen, unsere Sicherheit und unsere zukünftige Größe bürgenden Friedens geschaffen sein werden. Langanhaltende, sich immer wieder erneuernde stürmische Zustimmung, Ehen-Rufe und Weisfall rechts und in der Mitte, Rufe links. Wir alle verkünden daselbe! Gewiß, wir alle sind darin ganz eines Sinnes, darum eben halte ich es für meine patriotische Pflicht, dies zu betonen, und ich bin den Fernen Abgeordneten von der anderen Seite sehr dankbar für diesen Widerhall, der eine Mißdeutung einzelner der heutigen Erklärungen in einem Sinne verhindert, der dem betreffenden Herrn Abgeordneten sicherlich fernlag. (Allgemeine Zustimmung.)

Sozialistische Versammlung in Paris.

Paris, 8. Dezember. (T. U.) Am Montag versammelten sich in Paris die Vertreter des Verbandes der sozialistischen

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

8000 Arbeiterinnen klagen.

Vor der Schlichtungskommission der Militärärzte trat am Dienstag eine Meienfchar von Klägerinnen auf, die aber nur einen Bruchteil darstellten von all den Arbeiterinnen, die noch klagen wollen gegen die Deutsche Planfabrik G. m. b. H. Der Vertreter der Firma erklärte eingangs der Verhandlung, daß sie 8000 Arbeiterinnen beschäftigt hätte, obgleich sie nur für 3000 Arbeit geübt habe. Auch sonst habe die Firma Wohlthaten geübt an ihren Arbeitern.

Kunze vom Schneiderverband, der 7 von den Arbeiterinnen betrat, führte demgegenüber aus, die Wohlthaten schieben hier vollständig aus, die Arbeiterinnen verlangten den ihnen zustehenden Lohn und keine Wohlthaten. Es handelt sich bei diesen 7 Arbeiterinnen um eine Gesamtsumme von 800 M.

Die Arbeiterinnen selbst äußerten sich sehr bitter über die Wohlthatigkeit der Firma, und eine Frau erklärte: „Wie das Vieh sind wir behandelt worden“.

Die Differenzen liegen nach der Klage in zu wenig gezahlten Löhnen für Sandlände und für Garn, das die Firma teuer geliefert und zu niedrigeren Preisen zurückgekauft habe.

Die Firma bestreitet diese Angaben; sie gibt an, die günstigen Löhne vom Tage der behördlichen Anweisung oder sogar noch früher gezahlt zu haben.

Es kann an dieser Stelle gleich mitgeteilt werden, daß es das beste wäre, wenn die Schlichtungskommission für Sandlände, Unterholen, Wohlthaten, Strantröschchen, Kurum, für alle noch nicht normierten Gegenstände einen angemessenen Lohnsatz aufstellte, der durch die Militärbehörde bindende Kraft erzielte.

Die Firma hatte den Arbeiterinnen teilweise auch die Lohnbücher einbehalten. Die Schlichtungskommission wies sie an, dieselben herauszugeben, das Einbehalten sei unzulässig.

Die Sache selbst mußte vertagt werden, um auf Grund des Wäcker- und Aktienmaterials erst eine Klärung herbeizuführen.

Soweit die betreffenden Arbeiterinnen noch Auskunft nötig haben, mögen sie sich an den Verband der Schneider, Sebastianstraße 37/38, wenden.

In einem anderen Falle, wo drei Arbeiterinnen gegen einen Zwischenmeister auf 249,79 M. Nachzahlung klagten, kam ein Vergleich zustande. Der regreßpflichtige Hauptauftraggeber zahlte 150 M. an die Arbeiterinnen, der Zwischenmeister an dieselben 99,79 M.

In der nächsten Klageklage lag es wieder ob, daß eine Arbeiterin ihre Klage bereits vor dem Gewerbeamt anhängig gemacht hatte und dort abgewiesen worden war. Die Schlichtungskommission mußte auch hier wieder die Klägerin abweisen. Wir weisen nochmals darauf hin, daß die Kläger sich immer zuerst an die Schlichtungskommission wenden mögen, bezw. sich an den Verband der Schneider um Rat wenden.

Gegen die Firma D. S. Wald u. S. J. aal klagte eine Frau auf 9 M. Sie hatte für das Dugend Wohlthenden statt 3,60 M. nur 1,50 M. erhalten. Der Beklagte zahlte zuletzt die strittige Summe.

Keine Tarifkündigung in der Treibriemenbranche.

Die Treibriemensattler berrieten am Dienstag über die Frage der Tarifkündigung. Nach eingehender Besprechung der augenblicklichen Verhältnisse kamen die Anwesenden zu dem Ergebnis, den Tarif nicht zu kündigen, so daß derselbe noch ein Jahr weitergeht.

Die Gründe, die diesen Beschluß herbeiführten, liegen in der Unsicherheit des Exporthandels, der Rohstoffbeschaffung usw.

Die Knopfabriker sind in letzter Zeit bei den einzelnen Unternehmern wegen Gewährung von Feuerungsunterlagen vorliebig geworden. Das Ergebnis dieses Vorgehens ist aber weit hinter den Erwartungen zurückgeblieben. Einige Unternehmer haben Zulagen von 5 Pf. pro Stunde bewilligt, in einem Betriebe werden wöchentlich 3 M. in einem anderen 1 M. und in einem dritten Betriebe 3 bis 4 Pf. des Lohnes als Zulage gewährt. Verschiedene Unternehmer haben nichts bewilligt, obgleich die allgemeine Geschäftslage nach der Angabe eines Fabrikanten derart ist, daß jeder Fabrikant ohne weiteres eine Zulage von 5 Pf. pro Stunde gewähren könnte.

Deutsches Reich.

Das Ende vom Anfang.

Otto Albrecht, der Redakteur der „Allgemeinen Deutschen Gärtnereizitung“ wandte sich — wie der „Vorwärts“ seinerzeit berichtete — mit einem Artikel „Einer muß den Anfang machen“ an die Arbeiterorganisationen im Gärtnerberuf, in dem er ein engeres Zusammenarbeiten forderte und seine eigene Organisation, den Allgemeinen Deutschen Gärtnerverein, veranlaßte, dem Deutschen (nationalen) Gärtnerverband und dem Verband deutscher Privatgärtner in aller Form ein Bündnis anzubieten. Albrecht ist später wohl weiter gegangen und hat erwogen, ob es nicht möglich sei, ein Zusammenwirken aller wirtschaftlichen Organisationen im Gärtnerberuf, sowohl der Arbeiter wie der Unternehmer, herbeizuführen. Nun ist schon der Versuch einer Einigung unter den Arbeitern gescheitert. Die erste ablehnende Stimme kam von den „Nationalen“. Ihr Vorsitzender schrieb aus dem Felde, es könne

von keinem Menschen verlangt werden, daß er sich durch Berufung auf das im letzten Jahr erlebte große Gesehen zu bedingungsloser Vertrauensfestigkeit hinreizen läßt“.

Nun hat nichtsdestoweniger der Hauptvorstand des Allgemeinen Deutschen Gärtnervereins den von Albrecht gewünschten Versuch unternommen und den beiden anderen Arbeiterorganisationen im Gärtnerberuf den Vorschlag zu einer gemeinsamen unverbündlichen Aussprache der drei in Betracht kommenden Hauptverbände gemacht. Der Hauptvorstand des Deutschen (nationalen) Gärtnerverbandes sagte eine Beteiligung an dieser Aussprache zu, der Verband der Privatgärtner lehnte selbst diese ab, er tat das, weil „der Allgemeine Deutsche Gärtnerverein einem Bündnis der freien Gewerkschaften angeschlossen und ein Teil der Mitglieder politisch organisiert ist“.

Albrecht meint dazu:

Der erste Versuch, die drei Angestellten- und Gehilfenverbände für diejenigen Angelegenheiten, in deren Verfolgung bei allen drei Verbänden wesentlich Uebereinstimmung besteht, künftighin, zu einer geschlossenen Stellungnahme zu vereinen, ist damit gescheitert.

Mit dem Hauptvorstande des „Deutschen (nationalen) Gärtnerverbandes“, der, wie eingangs schon gesagt, zur Aussprache bereit war, nun eine Sonderaussprache in dem gedachten Sinne zu veranstalten, war nicht angebracht, oder es war eine solche zurzeit vielmehr überflüssig. Denn zwischen diesen beiden Hauptverbänden ist man über diesen Punkt bei einer anderen Angelegenheit schon früher hinausgekommen. Da liegen die Verhältnisse heute so, daß, wenn man miteinander herabschlagen will, man gleich den Gegenstand bezeichnen kann, um den sich eine Sonderaussprache drehen soll.“

Ausland.

Fremdrassige Arbeiter in französischen Fabriken.

Aus Amsterdam schreibt man uns:

In einem etwas reklamemäßig ausgedorneten Artikel, den ein Spezialkorrespondent der „Times“ in der Nummer vom 30. November dem Genossen Albert Thomas widmet, schreibt er nach eingehender Schilderung der bekanntlich von allen Seiten eingedringten Organisationsarbeit, die der Unterstaatssekretär des Munitionswesens in den ihm unterstellten Betrieben geleistet hat, einen Abkamm, betitelt: Das Land ohne Streiks. Er teilt darin mit, daß es im patriotischen Frankreich keine Streiks gegeben habe. Auch die Arbeiterfrage habe Thomas „mit ebensolcher Intelligenz geregelt“. Die Löhne wies er nach der Art der Arbeit und dem Arbeitsbezirk, „aber man darf sagen, daß der Tagelohn nie 12 sh. für den bestgeschulten Arbeiter überschreitet und für die Frauen die Hälfte beträgt. Für die gewöhnliche Arbeit sind 4 sh. für Männer und 2 sh. 6 d für Frauen der übliche Lohn. Araber, Kabylen und Annamiten arbeiten mit den Franzosen Seite an Seite und es herrscht die Tendenz, exotische Arbeiter in immer größerer Zahl zu verwenden, um die körperlich geeigneten Franzosen an die Front zu schicken.“

Wir begreifen natürlich die Genugtuung der „Times“, daß in Frankreich die Löhne in „vernünftigen“ Grenzen gehalten werden, aber auch die Opposition, die sich gerade bei den französischen Metallarbeitern gegen die Solidarifizierung der sozialistischen Partei und der Führer der C. G. T. mit der Regierung geltend macht. Besonders wenig willkommen dürfte den Arbeitern die Einstellung der „egotischen“ Leute sein, die man nach dem Krieg schwerlich wieder aus dem Land bringen wird, umso mehr als sie sich dazu eignen, das Steigen der Löhne über das den Unternehmern „intelligent“ scheinende Maß zu hemmen.

Aus der Partei.

Haftbefehl gegen einen Landtagsabgeordneten.

Gegen den Genossen Landtagsabgeordneten Paul Seige-Pöhned, den die Reminger sozialdemokratische Landtagsfraktion vor 14 Tagen aus der Fraktion ausschloß, weil er sich unter Berufung auf seine Immunität weigerte, in einer gegen ihn am 16. November anberaumten Gerichtsverhandlung zu erscheinen, war am Dienstag in Rudolstadt abermalige Verhandlung angefeht, wo Seige sich wegen Unterschlagung fremder Gelder verantworten sollte. Seige tubr auch mit seinem Keffen nach Rudolstadt und landte diesen mit dem Bemerkten zum Termin, daß er gleich nachkommen werde. Er erschien aber nicht und hat anscheinend die Flucht ergriffen. Die Strafkammer in Rudolstadt beschloß deshalb, gegen Seige Haftbefehl zu erlassen.

Abgeordneter Seige hat Selbstmord verübt.

Aus Saalfeld wird uns telegraphiert: Abgeordneter Seige verübte Selbstmord; er wurde heute vormittag bei Katharinenau aus der Saale gezogen.

Die holländische Arbeiterpartei gegen die Aktion von Zimmerwald.

Das Zentralorgan der holländischen Arbeiterpartei „Het Volk“ hat am 30. November eine Erklärung des Parteivorstandes über das Manifest von Zimmerwald veröffentlicht. Sie geht von der Kopenhagener Konferenz der Neutralen aus, die das Internationale Sozialistische Bureau ersucht hat, sobald wie möglich, aber jedenfalls beim Beginn der Friedensverhandlungen eine gemeinsame Beratung der sozialistischen Parteien zusammenzubringen. An dieser von der Initiative des I. S. V. ausgehenden Richtlinie will der Parteivorstand festhalten. Wenn das I. S. V. leider das in Kopenhagen gewünschte Resultat nicht erreichen konnte, würde eine sicher viel schwächere Körperschaft es noch weniger vermögen. Nur eine Beigerung des I. S. V., die Konferenz zu veranstalten, könnte die Arbeiterpartei bewegen, eine andere Körperschaft zu bilden. Infolge der Tatsache, daß das I. S. V. jetzt seinen Sitz in Holland hat und zum Teil aus Mitgliedern der holländischen Partei besteht, ist es der Parteileitung bekannt, daß dieses Bureau wiederholt Versuche zu einer Zusammenkunft der Parteien der Kriegsländer unternommen hat und neue Versuche im Gang sind. Diese Bemühungen werden vom Parteivorstand mit aller Kraft unterstützt, nicht die einer Kommission, die keine andere Autorität hat, als die einer Konferenz wie die von Zimmerwald ihr verliehen konnte. Schon hat das Zimmerwalder Manifest in einigen kriegsführenden Ländern Begruerkundungen der Parteileitungen hervorgerufen und dadurch der Sache der Bekämpfung des Friedens mehr geschadet und genügt.

Die Arbeiterpartei begrüßt mit Sympathie die Versuche von Minoritäten, die Parteien der Kriegsländer zugunsten einer kräftigen Friedensaktion zu bewegen, aber er hält es für ausgeschlossen, daß solche Minderheiten dadurch, daß sie sich zu einem kleinen, machtlosen internationalen Klub verbinden, etwas erreichen könnten. Kleine Gruppen können Manifeste schreiben, aber keine revolutionäre Aktion zustande bringen. Aus diesen Gründen lehnt der Parteivorstand ab, die Vertretung seiner Wünsche und Forderungen in Sachen des Friedens der in Zimmerwald gebildeten „Internationalen Kommission“ zu übertragen und verweist vielmehr diesen Versuch, sich an die Stelle des I. S. V. zu drängen. Darum würde der Parteivorstand es äußerst bedauern, wenn Parteigenossen nach dieser Erklärung fortfahren sollten, individuelle Sympathieerklärungen für das Zimmerwalder Manifest zu sammeln. Mehr als je bedarf die Sozialdemokratie ihrer vollen Kraft, die sie allein durch Einheit behalten und wiederherstellen kann. Der Parteivorstand erklärt schließlich, gern alles Mögliche zu tun, die Wirksamkeit des I. S. V. zu vergrößern, um alle Parteien der Internationale im Interesse eines baldigen Friedens mobil zu machen.

Aus Industrie und Handel.

Kriegsgewinne.

Die Peniger Maschinenfabrik und Eisengießerei A. G. wenig in Sachsen, die im Vorjahre keine Dividende verteilte, zahlt für das abgelaufene Geschäftsjahr 5 Proz. Der Betriebsergebnis stieg von 0,95 auf 1,05 Millionen M., der Ueberschuß von 105 633 M. auf 248 980 M.

Die Brauerei Königstadt A. G. erhöht die Dividende von 2 auf 4 Proz.

Die F. Pöhlig A. G. (Drachteilbahnen) in Köln erzielte einen Ueberschuß von 695 887 M. gegen 597 523 M. im Vorjahre. Die Dividende beträgt 8 Proz. gegen 6 Proz. im Vorjahre.

Die Hoefel-Brauerei A. G. zu Düsseldorf erhöht ihre Dividende von 7 auf 8 Proz.

Die Horst u. Cie. Motorenwagen A. G. in Wladaw erhöhte ihren Bruttogewinn von 1,1 auf 1,5 Mill. M. Der Ueberschuß steigt von 619 928 M. auf 945 515 M., wovon nach erhöhten Rücklagen 15 Proz. Dividende gezahlt werden.

Die Vereinigten Press- und Hammerwerke A. G. in Dabhausen erhöhte die Dividende von 11 auf 15 Proz.

Die Lederfabrik Adler u. Dypenheimer A. G. in Strahburg erhöht, wie bereits gemeldet, die Dividende von 10 auf 20 Proz. Der Geschäftsbericht bemerkt dazu, daß es der Gesellschaft trotz der Schwierigkeiten, die der Ausbruch des Krieges mit sich brachte, gelungen ist, den erhöhten Anforderungen, die der große Heeresbedarf an die Gesellschaft stellte, zu entsprechen.

Die Erhöhung der Umlage in Verbindung mit der Tatsache, daß die Preise während des größten Teils der Berichtsperiode eine steigende Richtung zeigten, haben den Betriebsergebnis gegen frühere Jahre erheblich vermehrt. Während die Gesellschaft im Vorjahre eine Pankschuld von 3 1/2 Mill. M. hatte, weist sie diesmal ein Pankguthaben von über 8 Mill. M. auf.

Die Maschinenfabrik Ralmedie u. Co. A. G. erhöhte ihren Reingewinn von 87 218 M. auf 131 556 M., woraus 6 Proz. Dividende (im Vorjahre 0 Proz.) gezahlt werden.

Die Pflanzliche Röhmaschinen- und Fahrradfabrik vorm. Gebrüder Kahyer in Kaiserlautern kann trotz wesentlich erhöhter Abschreibungen und Rückstellungen die Dividende von 4 auf 8 Proz. erhöhen.

Die Dortmunder Aktien-Brauerei erzielte einen Ueberschuß von 880 390 M. (gegen 897 562 M. im Vorjahre.) Die Anteile werden von 89 523 M. auf 102 077 M. erhöht. Die Dividende beträgt, wie bereits seit 18 Jahren, wiederum 20 Proz.

Eingegangene Druckschriften.

Die Schicksalsmaus. Eine Erzählung von Tieren und Menschen. Von D. Landrup. 240 M., kart. 3 M. — Pipin Magnus der Querschn. Roman von G. Taden. 5 M., geb. 6 M. — Junge Ehen. Von G. Rathilde Vogel. 1,25 M., kart. 1,50 M. — G. Reichsburger Leipzig.

ERÖFFNUNG

Stiller



der bedeutend vergrößerten Verkaufsräume unseres Hauptgeschäftes

Jerusalemstr. Ecke Leipzigerstr. am Dönhoffplatz

Verantw. Redakt.: Alfred Dieckmann, Reußstr. Inseratenteil verantw. Ed. Glöde, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdr. u. Verlagsgesellschaft Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 1 Beilage u. Unterhaltungsbl.

Ein Jugendwehr-Gesetzentwurf.

Die Presse hat in etwas sehr geräuschvoller Weise vor zwei Wochen verhandelt, der bekannte freisinnige Abgeordnete Müller-Meinungen habe dem Reichstag einen Reichsjugendwehr-Gesetzentwurf eingebracht, der nebst seiner Begründung demnächst im Ausschuss erscheinen werde.

Wie die meisten der Autoren der Literatur, die eine gezielte Ausgestaltung der militärischen Jugendvorbereitung fordert (vergl. unseren Zeitartikel in Nr. 333 des „Vorwärts“), beschränkt sich auch Müller-Meinungen darauf, technisch-praktische Maßnahmen für die körperliche Ausbildung der Jugend vorzuschlagen. Zu den eigentlichen Quellen der Wehrkraft, die in den wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen des Volkes ihren Grund haben, steigt er nicht hinab.

Abgesehen von diesem Grundfehler der Schrift Müller-Meinungen, verdienen auch die technischen Maßnahmen, die er für die körperliche Ausbildung der Jugend vorschlägt, kritische Prüfung. Der Gesetzentwurf enthält darüber herzlich wenig. Er fordert lediglich, daß jeder junge Deutsche zur Teilnahme an der „Vorbereitung der Jugend für den Heeresdienst“ verpflichtet wird.

Müller-Meinungen geht davon aus, daß die Freiwilligkeit in der Ausbildung der Jugendwehr nicht genüge. Das Gros der Jugend (über 80 Proz.) hat sich von den militärischen Übungen überhaupt ferngehalten. Nach den jetzigen Erfahrungen schätze auch der „Halbzwang“, d. h. die Verpflichtung der freiwillig Gemeldeten zur regelmäßigen Teilnahme an den Übungen, nicht vor einem Abflauen der Beteiligung.

Die Jugendwehr-Ausbildung soll vom sechsten bis sechzehnten Lebensjahre in der Schule, in den Städten wie auf dem Lande, nach einheitlichem Plan und in einheitlicher Sprache, vielfach in Anlehnung an das militärische Kommando „erfolgen.“ Vom achtzehnten Lebensjahre ab stellt das Heer im Einverständnis mit der Schule die Wehrerziehung ein.

Auszuschießen sind Vereine mit politischer oder konfessionell-politischer, unzulässiger Tendenz. Als solche Vereine scheint Müller-Meinungen die Sport- und Jugendvereine der modernen Arbeiterbewegung anzusehen. Denn für einen Sachverständigen-Rat, der vor Erlass des Reichsgesetzes gebildet werden soll, schlägt er wohl alle Sport- und Jugendvereine vor, die Vereine der Arbeiterkraft hält er dessen nicht würdig.

Auch gegen die von Müller-Meinungen geforderte körperliche Ausbildung der Jugend mit militärischem Einschlag haben sich bereits bekannte Pädagogen in entscheidender Weise ausgesprochen. Der Vorsitzende des Landesausschusses für Jugendpflege im Königreich Sachsen, Geheimrat Stärkenberg, schrieb unlängst im „Kunstwart“ (XXVIII, 28): „Es wäre mir, ich ein Stück von dem Militarismus, den man in uns zu bekämpfen vorgibt, wenn wir die leibliche Ausbildung unserer Jugend von vornherein unter den Gesichtspunkt der späteren kriegerischen Verwendung stellen und die große Lehre verhängen, die uns auch dieser Weltkrieg mit aller Deutlichkeit predigt, daß der Krieg zwar alle geistigen, leiblichen und wirtschaftlichen Kräfte eines Volkes in Anspruch nimmt, aber gleichviel, ob sie vorher für ihn eingestellt waren oder nicht.“

Müller Meinungen. Wir brauchen ein Reichs-Jugendwehrgesetz. Verlag W. G. Teubner, Leipzig und Berlin. 43 Seiten. 80 Pf.

noch keinen Turner kennen gelernt, dem die Aneignung des Fachmilitärischen irgendwelche Schwierigkeiten geboten hätte. Endlich die Einwirkung auf Erziehung und Unterricht. Sie wäre fürchterlich. Sie zerrt, was wir mühsam aufgebaut haben: den freien, frischen, fröhlichen Betrieb, der so ganz der Jugend gemäß und erzieherisch so wirksam ist. Im Fachmilitärischen nimmt den größten Teil das Gebundene, Starre, Mechanische ein. Der Drill beherrscht den Betrieb. Kein Mensch bezweifelt, daß er notwendig und gut ist. Und der Soldat erträgt das Gebundene gern weil er in ihm das notwendige und nützliche Mittel zum Zweck: den freien Feldübungen, den Manövern, den richtigen Krieg sieht. . . .

Um Eltern, Unternehmer und Schule für die Einführung der zwingend militärischen Jugendvorbereitung geneigt zu machen, wünscht Müller-Meinungen, daß die Schule „allen entbehrlichen Verstoffungen der körperlichen Ausbildung streiche und die Hausarbeiten beschränke.“ Welchen Stoff er für entbehrlich hält, sagt er nicht. Auch wir sind für eine verstärkte körperliche Ausbildung der Jugend. Aber sie darf nicht erfolgen auf Kosten des geistigen Volksschulunterrichts, sofern er Kenntnisse und geistige Fähigkeiten dem Kinde zu vermitteln, geeignet ist. Auf die Gefahren, die aus einer Ueberpannung der körperlichen Schulung auf Rechnung der geistigen Fortbildung der Jugend in pädagogischer und auch in Hinsicht auf die Wehrfähigkeit des Volkes entstehen könnten, hat kürzlich in einbringlicher Weise der in pädagogischen Kreisen geachtete Professor Dr. W. Foerster-München in der „Wiener „Zeit“ hingewiesen. „Es wäre eine große Gefahr — sagt Foerster — wenn man der direkten militärischen Ausbildung einen so großen Raum zuweisen würde, daß dadurch jene geistig-sittlichen Voraussetzungen der Heeresleistung nicht mehr zu ihrem vollen Rechte kämen, nicht mehr die richtige Atmosphäre der Ruhe, der Konzentration, der Gründlichkeit fänden, in der sie allein zur Entfaltung gelangen können.“

Außer der Einschränkung des Schulunterrichts verlangt Müller-Meinungen von der Heeresleitung, daß sie denen, die sich über körperliche Tüchtigkeit und hinreichende militärische Vorbildung ausweisen, „eine Vorzugsbehandlung zuteil werden läßt, zum Beispiel Erteilung der Vereidigung zum reformierten Einjährig-Freiwilligen-Dienst, Verkürzung der Dienstzeit, raschere Beförderung, Schaffung einer eigenen Auszeichnung usw.“ Andererseits soll denen, die nur die wissenschaftliche Befähigung zum Einjährig-Freiwilligen- oder zum Offiziersdienst nachweisen, die Vereidigung, als Einjährig-Freiwillige oder Fahnenjunker ins Heer einzutreten, verweigert werden.

Schließlich widmet Müller-Meinungen auch noch der weiblichen Jugend einige Zeilen. Er verlangt, daß die Mädchen vom vierzehnten Jahre an außer der üblichen Handarbeit im Kochen und in der Kranken- und Kinderpflege Pflichtunterricht erhalten und unter verständiger Aufsicht der Reihe nach alle sogenannten häuslichen Arbeiten zu verrichten und über alle Ausgaben Wuch zu führen haben. Später könnte ein vorgeschrittener Kursus für Kranken- und Verwundetenpflege angegliedert werden. „So könnte das weibliche Pflichtjahr zur Wirklichkeit werden.“ Also auch dies Problem weilt Müller-Meinungen verblüffend einfach zu lösen.

Die Schrift Müller-Meinungen ist vom Zentralkomitee für Volks- und Jugendspiele als Flugblatt herausgegeben worden, um für den Gedanken eines Jugendwehrgesetzes Anhänger zu werben. Wir können nicht finden, daß sie dazu geeignet ist.

Aus Groß-Berlin. Buttereinkäufe.

Die bestehende Butterknappheit ist, wie von amtlichen Stellen mitgeteilt wird, nur eine vorübergehende. Es wird Sorge getragen für Zufuhr größerer Buttermengen; nur wird für die ausländische Butter ein höherer Preis angelegt werden müssen als für die inländische Butter, wie das aus der neuen von uns veröffentlichten Verordnung ersichtlich ist. Schwer wird es sein, beim Kleinhandelsverkauf die ausländische Butter von der inländischen zu trennen und Vorzüge zu treffen, daß die inländische Butter nicht zu den für ausländische Butter zugelassenen höheren Preisen verkauft wird. Die Absicht besteht, daß die billigere inländische Butter der ärmeren Bevölkerung überlassen werden soll. Wie das durchgeführt werden soll, steht noch dahin. Viel Klagen werden jetzt über Uebervorteilung durch mangelndes Gewicht und durch das schwere Papier erhoben. Es mag bei schneller Abfertigung für eine Verkäuferin nicht leicht sein, genau auf das Gramm zu achten, aber für das tausende Publikum fällt das Mindergewicht von 10, 12, 15—20 Gramm, wie es oft vorgekommen ist, stark in die Waagschale. Das schwere Papier bringt den Buttergeschäften erheblichen Gewinn und macht sich bezahlt, wenn man bedenkt, daß bei einem Viertelpfund Butter genau soviel Papier verwendet wird, wie bei einem größeren Einkauf. Von sachverständigen Personen wird uns gesagt, daß an einem Zentner Butterpapier mehr als 200 M. verdient würden. Ein solcher Gewinn ist ganz ungeheuer; er wird nur erzielt, indem Papier als Butter verkauft wird.

Bemerkenswert ist eine Zuschrift, die uns ein Butter-Großhändler über Buttereinkäufe bestimmter Personen macht. Er schreibt:

„Vor kurzem sprach ich mit einem meiner Kunden, der bei meinen Erklärungen, weshalb ich ihm nur so wenig liefern wollte, sagte, daß in den westlichen Gegenden (Charlottenburg, Golensee, Grunewald usw.) die Postämter mit Butterpaketen von Molkereien an Private überhäuft wären. Tatsache ist, daß bereits früher in diese Gegenden von Molkereien an Private Butter geschickt worden ist. Ich selbst kann mich jedoch ferner dafür verbürgen, daß große Molkereien, die sonst nicht an Private geliefert

haben, die Butter jetzt, seit Einführung der Höchstpreise bezw. des Grundpreises, dieselbe zwecks Erzielung höherer Preise ausschließlich in Postpaketen liefern. Wer die Verhältnisse kennt, wird dies nur bedauern können.“

Ähnlich wie in Groß-Berlin dürfte es wohl auch in allen anderen Großstädten Deutschlands liegen. — Hierdurch wird nun einestheils der Handel sehr geschädigt, zum anderen leidet aber hierunter in nicht geringem Maße die Gesamtbevölkerung Groß-Berlins. Es wäre im Interesse einer einheitlichen Butterversorgung Berlins ein sofortiges Postpaket-Verbot den Molkereien gegenüber bringen erforderlich, da dieser Butterbezug sich sonst immer weiter ausbreiten würde und gegenüber allen in dieser Hinsicht getroffenen Maßnahmen einen Krebsbubaden darstellen würde.“

In welchem Umfange der Paketverbot von Butter gelbt wird, entzieht sich genauer Feststellung, aber bemerkenswert ist schon die in obiger Zuschrift mitgeteilte Tatsache für den Fall einer Regelung des Butterverbrauchs.

Höchstpreise für Wurstwaren.

Der unerträgliche Zustand, daß das Schweinefleisch infolge der hohen Preise für Wurstwaren fast ausschließlich zu Wurstwaren verarbeitet wird, erheischt gebieterisch die Festlegung von Höchstpreisen für Wurstwaren. Diese Festlegung soll auch erfolgen. Der zuständige Sachausschuß hat sich bereits mit der Frage beschäftigt und ist auch zu Vorschlägen gekommen. Die vorgeschlagenen Preise, die vom Magistrat endgültig festgelegt werden sollen, sind aber so hoch, daß entschieden Einspruch erhoben werden muß. Man lese nur, welche Preise in Aussicht genommen sind:

Table with 2 columns: Product name and Price. Items include Blutwürste, Bratwürste, Rohwürste, etc. Prices range from 1.60 M to 3.00 M.

Diese Preise können vom Magistrat unter keinen Umständen beschlossen werden; sind sie doch durchschnittlich um 20 Pfennige teurer als die bei einer großen Schlächterei und Wurstwarenhandlung bester Güte in einem keineswegs als billig vertriebenen Stadtviertel, wie die „Tägl. Rundschau“ feststellt. Es erheben sich denn auch allenthalben Stimmen gegen diese Preisfestlegung. Mit Recht schreibt die „Tägl. Rundschau“:

„Die Erfahrung lehrt aber, daß die Höchstpreise, also logischerweise doch die Preise, die „höchstens“ verlangt werden sollen, sofort zu „Normalpreisen“ werden. Wenn also die künstlichen Höchstpreise nach obigen Vorschlägen, d. h. mit einem Mehr von 20 Pf. über den jetzigen Preis festgesetzt werden, so haben wir in Berlin eine allgemeine Verteuerung der Wurstwaren statt der erhofften Verbilligung zu erwarten. Die Schlächtermeister werden nach wie vor ihren Vorteil darin sehen, das Schweinefleisch zu Wurstwaren zu verarbeiten, die Schweinefleischknappheit wird nicht beboben, und die Höchstpreise sind weiter nichts als ein Schlag ins Wasser. Hoffentlich stimmt also der Magistrat den vorgeschlagenen Preisen nicht zu, sondern dringt auf solche, die den Voraussetzungen, unter denen die Preisprüfungsstelle ins Leben gerufen wurde, mehr entsprechen!“

Es scheint, als ob der Vorschlag, die Wurstwaren noch mehr zu verteuern, anstatt zu verbilligen, demselben Sachausschuß entproffen ist, der kürzlich für Erhöhung der Schweinefleischpreise sich eingesetzt hat.

Hoffentlich legt der Magistrat Preise fest, die erheblich hinter den gemachten Vorschlägen zurückstehen.

Ist der Lieferungsverband gegen Nichtbewilligungen machtlos?

In der Berliner Stadtverordnetenversammlung haben jüngst Stadtverordnete aller Parteien gegen die von einigen Magistratsmitgliedern vertretene Ansicht protestiert, der Magistrat und die Stadt sei gegen solche Unterkommisionen machtlos, die entgegen dem Gesetz und dem Gemeindebeschluss die Frage der Bedürftigkeit verneinten oder im Falle der Bedürftigkeit weniger als die unteilbaren Mindestsätze und einen Gemeindezuschlag von 100 Prozent bewilligten. Die vom Magistrat geäußerte, von uns oft bekämpfte Ansicht ist durchaus unhaltbar.

Nach dem Gesetz vom Jahre 1888 über die Unterstützung von Familien in den Dienst getretener Mannschaften (§§ 2 und 3) ist zur Unterstützung der auf Grund des § 17 des Kriegsunterstützungsgesetzes vom 13. Juni 1873 gebildete Lieferungsverband verpflichtet. Wer ist der Lieferungsverband? Die Bestimmung hierüber hat nach der Reichsverfassung der Bundesrat zu treffen. Diese Ausführung des Kriegsunterstützungsgesetzes hat der Bundesrat in seiner Verordnung vom 1. April 1876 (R.-G.-Bl. S. 137) dahin getroffen, daß in Preußen Lieferungsverbände die Kreise und die kreisfreien Städte sind. Berlin bildet nun aber einen Lieferungsverband für sich. Wer entscheidet also über die Unterstützungsanträge im Lieferungsverband? Nach § 6 des Gesetzes von 1888 „eine Kommission“ im Lieferungsverband. Freilich heißt es im § 6 ferner: „Es können mehrere Kommissionen für einen Lieferungsverband eingesetzt werden.“ Von wem sind diese einzusetzen? Nach Art. 7 Ziffer 2 der Reichsverfassung vom Bundesrat. Denn dieser allein beschließt, aber die zur Ausführung der Reichsgesetze erforderlichen allgemeinen Verwaltungsvorschriften und Einrichtungen, sofern nicht durch Reichsgesetze etwas anderes bestimmt ist.“ Da durch Reichsgesetz nicht die Gemeinde zur Einsetzung mehrerer Kommissionen ermächtigt ist, hat sie kein Recht, mehrere Kommissionen im Sinne des § 6 einzusetzen. Der Bundesrat hat Ausführungsbestimmungen, durch die er von der Ermächtigung, statt einer mehrere Kommissionen einzusetzen, Gebrauch gemacht hat, nicht erlassen. Und das mit gutem Grund, der Regierungsentwurf wollte die Vorsitzenden der Kommission durch die Landesregierung ernannt wissen. Das lehnte der Reichstag ab und erklärte, was jetzt

im § 7 des Gesetzes steht: „Hat der Lieferungsverband gesetzlich anerkannte Vertretung, so sind rücksichtlich der Bildung, Zusammenfassung, des Vorstages und der Wahrnehmung der Geschäfte auch dieser (endgültig entscheidende Kommission (die bestehenden gesetzlichen Bestimmungen maßgebend.“ Es entscheidet mithin endgültig in Berlin der von Magistratsmitgliedern und Stadtverordneten gebildete Kriegsaussschuß. Er hat darüber zu wachen, daß die Fragen der Unterstützungsbedürftigkeit sowie Umfrage und Art der Unterstützung dem Gesetz und den Gemeindebeschläffen entsprechend geregelt wird. Zu seiner Unterstützung dienen die 28 Unterstützungs-Kommissionen, die zunächst die Ansprüche der Unterstützungsberechtigten zu regeln haben. Gegen deren Entschiede ist zulässig und muß eine Beschwerde der Anspruchsberechtigten zulässig sein. Eine Menge Mißstimmung wird beseitigt, wenn endlich dieser allein dem Gesetz entsprechende Weg beschritten wird. Das gilt auch für den Fall, daß man annimmt, die 28 Unterstützungs-Kommissionen seien Kommissionen im Sinne des § 6 des Gesetzes von 1888. Es muß der Kriegsaussschuß in jedem Fall in Aktion treten, um dem Gesetz und den Gemeindebeschläffen gleichmäßige Achtung zu verschaffen.

Einzelne Unterstützungs-Kommissionen haben hauptsächlich durch Anrechnung anderweiter Zuzahlungen und durch Teilung der Rindestafeln mit Recht Anstoß erregt. Beides verstößt gegen das Gesetz, die Teilung außerdem gegen die zu dem Gesetz von 1888 erlassene Ausführungsverordnung des preussischen Ministers des Innern.

Liebesgaben-Entsendungen an die Truppen.

Amlich wird mitgeteilt: Es hat sich das Bedürfnis herausgestellt, das Publikum darüber aufzuklären, wie die verschiedenen amtlichen Liebesgaben-Sammlungen gegeneinander abgegrenzt sind. Hierzu darf folgendes gesagt werden:

Seit dem 1. November d. J. ist die Versorgung der Feldtruppen und der Marine mit Weihnachtsliebesgaben vom königlichen Kriegsministerium neu geregelt worden. Hiernach hat jeder Korpsbezirk die erforderlichen Liebesgaben für alle die Truppenteile und Formationen aufzubringen, die in seinem Korpsbezirk ihren Ertrags-truppenteil haben. Die Beförderung der Gaben an die Front erfolgt durch die stellvertretenden Generalkommandos im Verein mit den staatlichen Abnahmestellen freiwilliger Gaben. Eine strenge Abgrenzung der Sammelgebiete in Berlin und der Provinz Brandenburg zwischen dem Garde- und dem III. Armeekorps ließ sich naturgemäß nicht durchzuführen.

Verechthigt zur Empfangnahme von Weihnachtsliebesgaben sind:

a) für die vom Gardekorps aufgestellten Feldtruppen: Die Liebesgabenstelle des Gardekorps, Exerzierhaus No. 1, Alexander-Prinz-Friedrich-Karl-Str. 1 und die beiden Annahmestellen I und II freiwilliger Gaben des Gardekorps in der Invalidenstr. 42 und Karlstr. 12.

b) für die vom III. (Brandenburgischen) Armeekorps aufgestellten Feldtruppen: Die Annahmestellen beim königl. Oberpräsidium (bahn- oder postlagernd) Potsdam und in Berlin SW 61, Zeltower Str. 57.

Geldipenden werden entgegengenommen:

a) für das Gardekorps: Bei dem Bankhause Mendelssohn u. Co., Berlin W, Fägerstr. 50, auf Konto „Liebesgaben des Gardekorps“ (Postfachkonto Nr. 1812), für die Annahmestelle I Bankkonto: Deutsche Bank, Depositenkasse L, Chausseestr. 17, und für die Annahmestelle II Bankkonto: Dresdner Bank, Depositenkasse Z, Greifswalder Str. 206.

b) für das III. Armeekorps: Bei der Weihnachtsstellenstelle beim königlichen Oberpräsidium in Potsdam-Berlin (Postfachkonto Berlin Nr. 22 720).

Die Sammelstätigkeit für die Feldtruppen wird ausgeübt von den stellvertretenden Generalkommandos im Verein mit den Territorialdelegierten (für Berlin der Polizeipräsident und für die Provinz Brandenburg der Oberpräsident in Potsdam), denen die Delegierten als Leiter der Annahmestellen freiwilliger Gaben unterstellt sind.

Die Sammlung von Liebesgaben für die Kranken und Verwundeten in den Lazaretten des Kriegsschauplatzes hat das Zentral-Komitee der Deutschen Vereine vom Roten Kreuz übernommen.

Die Versorgung aller Verbände mit Weihnachtsliebesgaben aus der Heimat ist aber eine gewaltige Aufgabe und nur dann durchzuführen, wenn alle Sonderbestrebungen unterbleiben, wenn alle sammelnden Vereine, Zeitungen usw. die eingehenden Spenden den Stellen zuführen, die zu ihrer Verteilung berufen sind. Dabei sollen die von den Spendern geäußerten Wünsche nach Berücksichtigung bestimmter Truppenteile und Formationen weitgehend beachtet und erfüllt werden.

Die Fran als Straßenbahnführerin.

Weibliche Straßenbahnführerinnen beabsichtigt die „Große Berliner“ einzustellen, um den Betrieb trotz des Personalmangels verstärken zu können. Wie wir hören, haben die Aufsichtsbehörden sich mit dieser Absicht grundsätzlich einverstanden erklärt und zunächst die versuchsweise Einstellung weiblicher Kräfte auf weniger lebhaften Straßenbahnlinien genehmigt. Zu Führerinnen werden ältere Schaffnerinnen ausgebildet, die sich in ihrem bisherigen Dienste bewährt haben und neben Zuverlässigkeit auch genügende Streckenkennntnis besitzen.

Weibliche Postillon.

Im Straßenbilde Berlins wird nunmehr auch der weibliche Postillon erscheinen. Der Krieg hat es mit sich gebracht, daß die Frau sich auch auf den Kurierposten des Postwagens schwingen wird. Zunächst sind 3 Dugend weibliche Aufscher eingestellt.

Sina Scherzer.

Eine unserer ältesten Berliner Genossinnen ist gestern im 81. Lebensjahre gestorben. Solange ihre Körperkräfte es gestatteten, war sie für die Partei tätig. Keine Parteiveranstaltung, keine größere Versammlung im 2. Berliner Reichstagswahlkreise gab es, an der „die rote Frau“ nicht teilgenommen hätte. Mit Leib und Seele hing sie an der Partei; die verschiedenen Nüchternheitsstreife, die es in der Partei in den verflochtenen Jahrzehnten gegeben hat, kümmerten sie wenig. Ihr Herz gehörte der Sache, der die Partei diente. Die Hoffnung ihres Lebens war der Sieg der Arbeiterklasse, für die auch sie ihr Leben lang stritt und, solange es ihre Mittel erlaubten, mit freudiger Hand ihr Scherlein opferte. Die letzten Monate ihres Lebens verbrachte sie nach Proletariat in Rot und Glend. Ehre ihrem Andenken.

In großer Lebensgefahr schwebten gestern vormittag die Hausbewohner und Angestellten auf dem Grundstück Leipziger Str. 117/118. Dort befindet sich im Dachstuhl des vierstöckigen Quergebäudes eine Kabinen- und Kaminanlage. Zum dritten Male wurde die Berliner Feuerwehr gestern wegen einer gefährlichen Ammoniak-Entzündung nach dort alarmiert. Der Wind hatte die Ammoniakdämpfe in den Treppenhalle und auf den Hof gedrückt. Mehrere weibliche und männliche Personen konnten zum Glück von den Mannschaften des ersten Löschzuges in Sicherheit gebracht werden. Sie klagten jetzt über große Mattigkeit in den Gliedern, besonders in den Armen, und über Atembeschwerden, Appetitlosigkeit usw. Dieselben Erscheinungen zeigten sich bei den Rettungsmannschaften, von denen die Feuerwehrmänner Reumann, Stahle und Reichert leider so schwer erkrankten, daß sie nach dem Urban-Krankenhaus geschafft werden mußten.

Kleine Nachrichten. Auf der Straßenbahn verunglückt ist gestern morgen die 34 Jahre alte Wirtschafterin Emma Jęminat, die als ostpreussischer Flüchtling im Kriminalgerichtsgebäude in der Turmstraße unversehrt ist. Als sie am Brandenburger Tor von einem Wagen der Linie 6 abstieg, um noch ihrer Arbeitsstelle zu gehen, rühte der Wagen plötzlich wieder an. Sie kam zu Fall und ein Rad ging ihr über den linken Fuß und quetschte alle Gelenke ab. Die Verunglückte wurde nach der Charité gebracht. Durch einen Sprung aus dem Fenster hat sich gestern abend der 71 Jahre alte Zigarrenhändler Friedrich Brennemann aus der Lindower Str. 26 das Leben genommen. Er war sofort tot. Während der Rettungsversuche gestorben ist gestern nachmittag ein Mann, dessen Persönlichkeit noch nicht festgestellt werden konnte. In der Nähe der Königsdammbrücke sah eine Frau im Verbindungskanal einen Mann treiben, der noch Lebenszeichen von sich gab. Sie sorgte für Hilfe, und dem Polier Fischer aus der Oldenburger Straße 18 gelang es auch, den Mann zu landen. Er war aber unterdessen schon gestorben und Wiederbelebungsversuche blieben erfolglos. Die Leiche wurde beiläufig und nach dem Schandhaufen gebracht. Der Ertrunkene ist mittelgroß und kräftig, hat graues Haar und Schnurrbart und trug eine graugestreifte Hose mit gestrichelten Ärmeln, eine weißgeprellte und eine schwarzgestreifte Weste, eine grüne Winterjoppe, ein gelblich gestricheltes Halstuch und schwarze Schnallenschuhe. — Vergiftet hat sich der 42 Jahre alte Wäfler Hans Conrad, der bei seiner verwitweten Mutter in der Lehmiter Str. 4 wohnt. Er hatte seit längerer Zeit keine Beschäftigung. — Einem Verdenleiden, das ihn schon seit vielen Jahren quälte, machte der 64 Jahre alte Arbeiter Karl Großmann aus der Reichenberger Str. 122 ein Ende, indem er sich auf dem Flur seiner Wohnung erhängte.

Eine Almosenempfängerin hat auf dem Wege von Soldiner Str. 4 bis Wriegerer Str. 25 ihre Schürze verloren und bittet um Abgabe bei Walg, Wriegerer Str. 25.

Aus den Gemeinden.

Neukölln gegen die hohen Wurstpreise.

Die Neuköllner Lebensmittelkommission beschäftigte sich in ihrer gestrigen Sitzung u. a. auch mit der beabsichtigten Festsetzung von Höchstpreisen für Wurst. Allgemein kam zum Ausdruck, daß die in Aussicht genommenen Preise zu hoch seien und dazu anreizen würden, anstatt frisches Fleisch zu verkaufen, Wurst zu fabrizieren. Einmütig wurde beschlossen, der Groß-Berliner Preisprüfungsstelle eine Herabsetzung dieser Preise zu empfehlen. Der vom Reich zur Verfügung gestellte Reis soll in drei Zeitabschnitten verkauft werden. Der erstmalige Verkauf soll Mitte Dezember beginnen. Auf je die Brotart der 44. Woche kann $\frac{1}{2}$ Pfd. Reis bei den Kleinbäckern entnommen werden. Zur Kontrolle wird das Mittelstück der Brotart mit einem Stempel versehen. Der Reis braucht nicht unbedingt in der 44. Woche, sondern kann auch noch einige Tage später eingelauft werden. Die Preise für das Pfund Reis betragen je nach Qualität 55 und 60 Pf. und für Bruchreis 40 Pf.

Gleichzeitig mit diesem Verkauf gelangt auch ein geringes Quantum von Hälftenfrüchten zum Verkauf. Abgegeben werden Vohnen zum Preise von 55 Pf. und grüne Erbsen zum Preise von 50 Pf. pro Pfund.

Auf jede Brotart der 44. Woche werden entweder $\frac{1}{4}$ Pfund Vohnen oder Erbsen verkauft.

Da es gelungen ist, noch einige Posten Speck zu kaufen, so sollen noch zwei weitere Verkaufsstellen eröffnet werden. Die jetzt eingerichteten Verkaufsstellen befinden sich Jungstr. 26, geöffnet Montags, Mittwochs und Sonnabends von 8-12 und von 8-7 Uhr, und Siegfriedstraße, Ecke Kirchhofstraße (Freibank), geöffnet Montags, Mittwochs, Donnerstags und Sonnabends von 8-8 Uhr. Verkauft wird an jedermann. Die von der Stadt beschaffte Margarine soll von den ersten Tagen nächster Woche ab in den städtischen Verkaufsstellen zur Ausgabe gelangen. Verkauft wird nur an jeden $\frac{1}{2}$ Pfund zum Preise von 70 Pf. Mehrere Posten Schweinefleisch, die die Polizei bei dortigen Schlächtern wegen Zurückhaltung beschlagnahmte, werden von der Stadt übernommen und sollen durch die städtischen Fleischverkaufsstellen an die Einwohnerschaft verkauft werden.

Kinderveranstaltungen in Neukölln.

Sonntag, den 12., Mittwoch, den 15. und Sonntag, den 19. Dezember: Märchenaufführungen im Karlsgarten, Karlsgartenstraße 8-10.

Zur Aufführung gelangen die Weihnachtsmärchen: „Rag und Rort's Weihnachtsfahrt“ und „Das verirrte Weihnachtspüppchen“. Märchen mit Gesang und Reigen. Eintritt für Kinder 10 Pf., für Erwachsene 20 Pf. Eintrittsorten sind zu haben: im Bureau des Bahvereins, Redarstr. 3, Expedition des „Vormärts“, in der Siegfriedstr. 28, an den Spielplätzen in den Jugendheimen, bei der Genossin Kummel, Kaiser-Friedrich-Str. 88, bei der Genossin Piesch, Wildenbrucherstr. 88.

Soziales.

Mediko-mechanische Behandlung ist ohne Rücksicht auf die Höhe der Kosten zu gewähren.

Es ist lange darüber gestritten worden, ob mediko-mechanische Behandlung, die ein Arzt anordnet und überwacht, „ärztliche Behandlung“ oder „Heilmittel“ ist. Der Unterschied besteht darin: Heilmittel brauchen die Krankenlassen nur bis zum Betrage von etwa 20 M. zu gewähren. Ärztliche Behandlung muß von ihnen dagegen ohne Rücksicht auf die Höhe des Preises gewährt werden. Unter der Herrschaft des Krankenversicherungsgesetzes wurde die mediko-mechanische Behandlung unserer Auffassung entgegen von der überwiegenden Meinung in Literatur und Rechtsprechung den Heilmitteln zugezählt, weil die persönliche Tätigkeit des Arztes dabei fast ganz in den Hintergrund tritt. Die Kranken durften daher leider in der Praxis eine mediko-mechanische Behandlung, die insgesamt erheblich mehr als 20 M. kostete, ablehnen. Das Reichsversicherungsamt hat nun in einer grundsätzlichen Entscheidung die mediko-mechanische Behandlung der „ärztlichen Behandlung“ zugezählt. In der für unfallsverletzte und verwachsene Personen sehr wichtigen Entscheidung des Reichsversicherungsamtes heißt es:

„Diese Auffassung (daß mediko-mechanische Behandlung Heilmittel sei) kann nach der Reichsversicherungsordnung nicht mehr aufrecht erhalten werden. Denn nach § 122 der R.V.O. umfaßt die ärztliche Behandlung auch die „Hilfeleistungen anderer Personen, wie Bader, Heilgehilfen, Masseure und dergleichen dann, wenn der Arzt sie anordnet. Im vorliegenden Falle hat der Arzt die Anwendung der mediko-mechanischen Behandlung angeordnet, auch hat er ihren Erfolg fortlaufend überwacht und sogar bei der Einlegung des verletzten Gliedes in den Apparat persönlich mitgewirkt. Es liegt hier also jedenfalls eine auf Grund ärztlicher Anordnung erfolgte und auch vom Arzt dauernd überwachte Hilfeleistung vor, die nach § 122 der R.V.O. als ärztliche Behandlung angesehen ist und zu deren Gewährung auf die Dauer von 26 Wochen die Krankenklasse verpflichtet ist. Daß im übrigen durch die Verpflichtung der Krankenlassen, eine mediko-mechanische Behandlung, falls sie vom Arzt angeordnet und überwacht wird, als ärztliche Behandlung und nicht mehr als Heilmittel zu gewähren, die Volksgesundheit wesentlich gefördert wird, kann bei der steigenden Bedeutung dieser Heilungsart wohl nicht bezweifelt werden.“

— *Altenheimen* II. K. 27/15.

Aus einem Nachtlokal.

Unter dieser Ueberschrift brachten wir am 2. November einen Bericht über eine Gewerbegerichtsverhandlung, der folgenden Satz entfällt:

„Die Klägerin führte unter Widerspruch der Beklagten aus, sie habe sich auf Verlangen der Wirtin vor die Tür des Lokals stellen müssen, um Gäste anzuloden, die dann im Lokal gerupft würden.“

Am 7. Dezember erhielten wir vom Rechtsanwalt Dr. jur. Hammerstein im Auftrage der Frau Kunze (der in unserem Bericht erwähnten Beklagten) ein Schreiben, worin gesagt wird:

„Frau Kunze hat niemals an die Klägerin das Anstehen gestellt, sie solle sich vor die Tür des Lokals stellen, um Gäste anzuloden. Die Beklagte weist auch entkräftet einen solchen Vorwurf zurück, daß Gäste in ihrem Lokal jemals „gerupft“ worden sind. Tatsächlich hat die Klägerin eine solche Behauptung auch gar nicht aufgestellt. Wenn sie dieses getan hätte, so würde der Tatbestand des Urteils diese Behauptung enthalten.“

Wir nehmen von dieser Zuschrift Notiz, obgleich uns § 11 des Verfallgesetzes, auf den sich der Anwalt der Frau Kunze unzutreffenderweise beruft, nicht dazu verpflichtet. Daß Frau Kunze vor dem Gewerbegericht der Behauptung der Klägerin widersprochen, also sie bestritten hat, ist ja in unserem Bericht ausdrücklich gesagt. Verichtigt wird also durch das Schreiben des Anwalts gar nicht. Im Gegenteil. Sein Schreiben zwingt uns zu einer Verichtigung und einer energischen Zurückweisung. Wenn Herr Dr. jur. Hammerstein in seinem Schreiben sagt: „Tatsächlich hat die Klägerin eine derartige Behauptung gar nicht aufgestellt“, so stellt er damit eine ebenso leichtfertige wie unbegründete Verdächtigung gegen die Richtigkeit unseres Urteils auf. Richtig bleibt: Die Klägerin hat im Gewerbegerichtstermin gesagt, sie habe sich auf Verlangen der Frau Kunze vor die Tür des Lokals stellen müssen, um Gäste anzuloden, die im Lokal gerupft würden, was Frau Kunze im Termin allerdings bestritten hat.

Wenn das Urteil des Gewerbegerichts auf diese Behauptung der Klägerin — die ja nur eine Episode in dem wortreichen Rebellkampf der Parteien war — nicht Bezug nimmt, so ist das keinerlei Beweis dafür, daß die Klägerin die betreffende Aussage nicht getan hat. Das müßte doch ein Rechtsanwalt wissen.

Berichtszeitung.

Der Oberstabsarzt.

Einem der Originalität nicht entbehrenden, von uns bereits erwähntem Kriegsschwindler ist ein junger Landwirt zum Opfer gefallen, der gestern als Pasewalker Kürassier als Belastungszeuge gegen den Reisenden Robert Philipp und den Reiter Fritz Dohrmann vor der ersten Strafkammer des Landgerichts I auftrat.

Beide Angeklagten hatten sich wegen Betruges und Urkundenfälschung zu verantworten. Der Landwirt Walter K. lernte im Juli d. J. in einer von seinen Verwandten betriebenen Schankwirtschaft den Angkl. Philipp kennen. K. wollte gern Soldat werden und hatte den Wunsch, in ein Ulanenregiment einzutreten. Als Philipp hieron hörte, erklärte er ihm: er kenne einen Oberstabsarzt, dieser werde ihn untersuchen und ihm gewiß gern zum Eintritt in ein Ulanenregiment behilflich sein. K. könne getrost nach Hause reisen, er werde inzwischen das weitere veranlassen und dem jungen Mann Bescheid geben. Nach einiger Zeit suchte Philipp den K., der inzwischen auf das Gut seiner Eltern zurückgefahren war, dort auf, zeigte ihm ein Schreiben und teilte ihm mit, daß er zum Militär angenommen worden sei. K. reiste mit dem in freudiger Stimmung befindlichen K. am 14. August nach Berlin und führte ihn dort in eine im Stadtinnern befindliche Wohnung zu einem angeblichen Oberstabsarzt. Dieser unteruchte den K. sorgfältig, erklärte ihn für tauglich zum Heeresdienst, machte aber keine Einstellung davon abhängig, daß er 350 M. für eine Uniform hinterlegte. Der junge Mann reiste nach Hause und kehrte schon am nächsten Tage mit dem Gelde nach Berlin zurück. Philipp nahm ihn in Empfang und führte ihn zu einem Schneidermeister, bei dem er früher einmal ausbilsweise beschäftigt gewesen. Der Meister war nicht anwesend, auf Geheiß des Philipp aber nahm der Sohn des Meisters Maß angeblich zu einer für K. bestimmten Uniform. Von dort führte Philipp den jungen Landwirt in ein Lokal, in dem sie den angeblichen Stadtsarzt trafen. Dieser übergab dem K. eine mit dem Namen des Schneidermeisters unterschriebene Quittung, auf welche der angebliche Stadtsarzt den Berner setzte: „Erhalten 350 M., Rest 150 M. von Bräuer.“ Ferner übergab er ihm ein Schreiben, wonach K. bei dem 8. Ulanenregiment in Potsdam angenommen worden sei. Unter diesem Schreiben befindet sich, mit Gummistempel gedruckt, die Unterschrift: „Bezirkskommando Potsdam, gez. Oberstabsarzt von Bräuer.“ Nach Empfang des Geldes verabredeten sich die beiden von K. mit den besten Wünschen für seine fernere militärische Laufbahn. Als K. freudetrübend in dem Lokal seiner Verwandten von seinem „Glück“ erzählte, wurde ihm sofort klar gemacht, daß er Schwindler in die Hände gefallen sei. Die Polizei nahm die Sache in die Hand. Mit Hilfe des Verbrecheralbums konnte bald der Angkl. Philipp als der Hauptdarsteller in dieser Komödie ermittelt werden. Bei seiner Verhaftung legte er auch ein Geständnis ab, hüllte sich aber bezüglich seines Komplizes in Schweigen. Nach der Personalbeschreibung, die K. von diesem gab, war es der Kriminalpolizei nicht zweifelhaft, daß Dohrmann es gewesen, der die Rolle des Oberstabsarztes gespielt hatte. Man fandete vergeblich nach ihm. Erst am 4. November gelang es durch Zufall, ihn in einer Kaskemme in der Vorsigtstraße festzunehmen. Trotz der bestimmten Wiedererkennung seitens des K. leugnete Dohrmann hartnäckig, mit der Sache das geringste zu tun gehabt zu haben, und verblieb hierbei im auch im gestrigen Termin. Seine Ueberführung wurde dadurch schwierig, daß Philipp sich beharrlich weigerte, sich über die etwaige Täterschaft des D. auszulassen. Er meinte, daß er es für eine Ehrenpflicht halte, einem Mitschuldigen nicht zu belasten und daß er es dem Dohrmann überlassen müsse, welche Stellung er zu der Thatfrage einnehmen wolle. Schließlich bequeme sich Philipp zu dem Geständnis, daß Dohrmann wirklich den „Oberstabsarzt“ gemimt habe. Das Gericht verurteilte die Angeklagten, die schon vielfach vorbestraft sind, zu je zwei Jahren Gefängnis und rechnete dem Philipp zwei Monate Untersuchungshaft an.

Sind Vertrauensmännerstungen anmeldspflichtig?

Vor der ersten Strafkammer des Landgerichts Eberfeld hatte sich am 7. Dezember d. J. der Generalsekretär Genosse Sauerbrey, Barmen, zu verantworten. Ihm war zur Last gelegt, gegen das Belagerungszustandsgesetz dadurch verstoßen zu haben, daß er am 27. Juli in Eberfeld und am 1. August in Barmen als Vorsitzender des Sozialdemokratischen Vereins Sitzungen der Bezirksführer und Führerinnen einberufen und geleitet hatte, ohne hierzu die politische Genehmigung eingeholt zu haben. Außerdem sollten in der ersten Sitzung Flugblätter politischen Inhalts ausgegeben worden sein. Der Angeklagte gab die Handlungen zu, bestritt aber, sich schuldig gemacht zu haben. Die Sitzungen so engbegrenzter Körperschaften, wie sie die durch General- und Mitgliederammlungen gewählter Bezirksführer darstellen, könnten unmöglich unter den Begriff der angezogenen gesetzlichen Bestimmungen fallen; es müßten dann logischerweise auch alle Vorstand- und sonstigen Sitzungen angemeldet und unter politischer Ueberwachung gestellt werden, was ja von der Inmöglichkeit der Durchführung leitet.

Das Gericht sprach nach kurzer Beratung den Genossen Sauerbrey frei, indem es begründend ausführte, daß die in Frage kom-

menden Sitzungen nicht unter die Bestimmungen des Belagerungs- zustandgesetzes fallen könnten. Es seien nur gewählte Funktionäre eingeladen und zugegen gewesen. Der Nachweis, daß Flug- blätter politischen Inhalts in der Sitzung zur Verbreitung gelangt seien, wäre nicht erbracht worden. Öffentliche Angelegenheiten seien nicht zur Erörterung gekommen. Nach alledem müsse Freisprechung und Ueberrahme der Kosten auf die Staatskasse erfolgen.

Das Urteil ist für den Bereich des VII. Armeekorps von besonderer Wichtigkeit und schafft in etwas Klarheit.

Aus aller Welt.

Der „Burgfrieden“ in der italienischen Kammer.

Die erste, noch zensurfreie Ausgabe der Mailänder Blätter gibt die Zwischenfälle der italienischen Kammer Sitzung vom 1. Dezember wieder, die die Zensur dann im Sitzungsbericht unterdrückt hat. Die „National-Geitung“ hat eine Reihe dieser Zwischenfälle zusammengestellt und wir geben sie nachstehend wieder, um unsern Lesern zu zeigen, wie der „Burgfrieden“ in Italien aussieht.

Als der Präsident Marcora in Hochrufen auf den König ausbrach, applaudierten auch die Republikaner.

Razzoni (Sozialdemokrat) zu den Republikanern gewendet: „Applaudiert Ihr auch der Monarchie?“

Gaudenzi (Republikaner): „Nein, wir bleiben immer Republikaner.“

Dugoni, Carroti, Razzoni (sämtlich Sozialdemokraten): „Alto es lebe die Republik!“

Bobetti (Ministerialer): „Ihr seid Oesterreicher!“

Dugoni (Sozialdemokrat): „Galt's Maul, Säufer!“

Verschiedene Regierungsabgeordnete zu den Sozialdemokraten: „Ihr seid Feinde des Vaterlandes!“

Dugoni (Sozialdemokrat): „Und Ihr habt Eure Helden- taten nur in den Kaffeehäusern von Udine ver- richtet!“

Razzoni (Sozialdemokrat): „Ihr wißt überhaupt nur, wie's hinter der Front aussieht!“

Radigliano (Sozialdemokrat): „Warum leßt Ihr nicht auch das Telegramm der Einwohner von Cervignano, die Ihr interniert habt?“

Marchesano (Reformsozialist der Gruppe Visfolati): „Schämt Euch!“

Dugoni zu Marchesano: „Seid still, freiwilliger Festungsgartillerist.“

Marchesano: „Ich habe nur meine Pflicht getan!“

Razzoni: „So zeig' Deine Wunden!“

Dugoni (Sozialdemokrat): „Die früheren Neutral- listen herben in den Schützengräben. Ihr habt Euch aber nur in die Festungen eingesperrt!“

Carroti (Sozialdemokrat): „Und laßt Euch dafür aber auch noch das Offiziersgehalt bezahlen!“

Visfolati: „Es lebe Serbien!“

Turati (Sozialdemokrat): „Ihr seid schamlose Spitzer, erst habt Ihr Serbien mit Eurer Unfähigkeit und Eurer Un- entschlossenheit gepöfert und jetzt bringt Ihr Hochrufe aus!“ (Stürmischer Beifall der Sozialdemokraten, großer Lärm auf den anderen Bänken.)

Tasca (Reformsozialist): „Und wenn wir Serbien helfen hätten wollen, so hättet Ihr Sozialdemokraten Euch widersezt!“

Turati (Sozialdemokrat): „Wir sind eben gegen jeden Krieg ohne alle Ausnahme!“

Marchesano (Reformsozialist): „Aber warum applau- diert Ihr nicht jetzt, wo wir dem serbischen Geldenvolle helfen wollen?“

Turati (Sozialdemokrat): „Galt's Maul, Krolodil!“

Marchesano (Reformsozialist): „Da sind mir die Sozialdemokraten des Deutschen Kaisers mit ihrem Patriotismus noch lieber!“

Carroti (Sozialdemokrat): „Wenn Ihr der Monarchie die Füße waschen wollt, geniert Euch nicht!“

Nach neuem stürmischen Lärm auf allen Seiten konnte Sonnino endlich fortfahren. Von alledem hat die Zensur nichts der Öffent- lichkeit mitzuteilen gestattet.

Den Drückbergern, die den Krieg bis zum endlichen Siege predigen, sich selbst aber hüten, an die Front zu gehen, dürften die Jurufe der Sozialdemokraten noch lange in den Ohren gellen.

Von einem Dampfhammer zermalmt. In Torgau bähite der beim dortigen Stahlwerk beschäftigte Monteur August Schulz auf entsetzliche Weise sein Leben ein. An dem 180 Pfenner- schweren Dampfhammer riß die Kette und Schulz wurde völlig zerquetscht.

Zwei jugendliche Mörderinnen verurteilt. Das Jugendgericht in Hamburg verhandelte gestern gegen die 17jährige Martha Koop und die 15jährige Emmi Biechmann. Die beiden Mädchen haben am 14. Juli d. J. die Ehefrau Werta Boethling in deren Wohnung in Hamburg erzwängt und dann be- raubt, um in ihren Kleidern der Fürsorgeanstalt zu entfliehen. Das Urteil lautete gegen die Koop auf 15 Jahre und gegen die Biechmann auf 13½ Jahre Gefängnis.

Erdbeben in Italien. „Information“ meldet vom 5. Dezember aus Rom: Ein heftiges Erdbeben suchte um 2 Uhr früh in Latium die Ortschaften Frosinone, Genne, Coprana und Tiboli heim.

Verlustlisten.

Die Verlustliste Nr. 889 der preussischen Armee enthält Verluste folgender Truppen:

Reitendes Feldjägerkorps (f. Garde-Jäger-Batl.).

Infanterie usw.: Garde: 3. Garde-Regiment g. F.; Garde- Jäger- und Garde-Reserve-Jäger-Bataillon. Grenadier- bzw. Infanterie- bzw. Füsilier-Regimenter Nr. 1, 2, 3, 4, 9 (f. Gren.- Regt. Nr. 8), 14, 17, 21, 22, 27, 30, 31 (f. auch Ref.-Inf.-Regt. Nr. 116), 33, 34, 35, 37, 38, 39, 41, 43, 49, 52 (f. Ref.-Inf.-Regt. Nr. 52), 54, 55, 59, 60, 63, 66, 67, 69, 70, 83 (f. Ref.-Inf.-Regi- menter Nr. 83 und 116), 84, 86 (f. auch Ref.-Inf.-Regt. Nr. 116), 88, 91, 93 (f. Ref.-Inf.-Regt. Nr. 116), 94, 95, 96 (f. Ref.-Inf.-Regt. Nr. 83), 97, 110, 111, 112, 114 (f. Ref.-Inf.-Regt. Nr. 83), 117, 118, 128, 131, 132, 133, 137, 138, 141, 144, 145, 147 bis einschl. 161, 166, 168, 170, 171, 173 bis einschl. 176, 193. Reserve-Infanterie- Regimenter Nr. 1, 3, 5, 7, 18, 20, 23, 24, 30, 34, 36, 37, 38, 52 (f. auch Gebirgs-Maschinengewehr-Abt. Nr. 217), 55, 59, 60, 64, 66, 67, 68, 70, 76, 77, 82, 83, 87, 91, 93 (f. Ref.-Inf.-Regt. Nr. 116), 99, 116, 208, 209, 211, 212, 219, 221, 222, 223, 226, 227, 229, 231, 239, 254, 256, 257, 259, 260, 261. Landwehr-Infanterie-Regimenter Nr. 2, 7, 11, 12, 16 (f. Ref.-Inf.-Regt. Nr. 116), 17, 18, 21, 23, 31, 32, 34, 39, 40, 49, 51, 55, 56, 57, 73, 74, 81, 84, 85 (f. Ref.-Inf.- Regt. Nr. 116), 99, 118, 135. Landwehr-Ersatz-Infanterie-Regi- ment Nr. 2. Brigade-Ersatz-Bataillon Nr. 17 (f. Landw.-Inf.- Regt. Nr. 23). Landwehr-Brigade-Ersatz-Bataillon Nr. 9 (f. Land- wehr-Ersatz-Inf.-Regt. Nr. 2). Jäger-Bataillone Nr. 2, 3, 4, 9, 14; Reserve-Bataillone Nr. 16 und 20. Ersatz-Maschinengewehr-Ab- teilung des 16. Armeekorps; Gebirgs-Maschinengewehr-Abteilung Nr. 217; Festungs-Maschinengewehr-Trupp Nr. 23.

Kavallerie: Kürassiere Nr. 2 und 7; Schwere Reserve-Reiter Nr. 2; Dragoner Nr. 12, 16, 17; Husaren Nr. 9 und 11; Reserve- Husaren Nr. 1; Ulanen Nr. 5 und 9; Kavallerie-Regiment Nr. 94. 2. Landsturm-Eskadron des 1., 4. des 6. und 3. des 17. Armeekorps.

Feldartillerie: 1. Garde-Regiment. Regimenter Nr. 10, 14, 39, 55, 57, 64, 205, 220, 229; Reserve-Regimenter Nr. 20, 44, 46, 66. Feldartillerie-Regiment der 4. Landwehr-Division (f. Feldart.- Regt. Nr. 55); Ersatz-Regiment Jossen; Landwehr-Regiment Nr. 3. Feldartillerie-Abteilung Nr. 183.

Fußartillerie: Regiment Nr. 8 und 20; Reserve-Regiment Nr. 9; Fußartillerie-Bataillon Nr. 36; Batterien Nr. 214, 238, 332, 450, 503; Landsturm-Bataillon des 6. Armeekorps.

Pioniere: Regimenter Nr. 23, 24, 31, 35; Bataillone: I. Nr. 1, I. Nr. 2, I. und II. Nr. 4, I. Nr. 5, I. Nr. 8, I. Nr. 10, I. Nr. 14, I. Nr. 17, II. Nr. 21, I. und II. Nr. 27; Reserve-Bataillone Nr. 33 und 39; Ersatz-Bataillone der Pionier-Bataillone Nr. 1 und 2. Pionier-Kompagnien Nr. 107 und 112; Reserve-Kompagnien Nr. 55, 79 (f. Ref.-Pionier-Batl. Nr. 39), 81; 2. Landwehr-Kom- pagnie des 4. und 1. des 18. Armeekorps. Reserve-Scheinwerfer- zug des 25. Reservekorps. Minenwerfer-Kompagnie Nr. 190 (L); Schwere Minenwerfer-Abteilung Nr. 84.

Verkehrstruppen: Stappen-Telegraphen-Direktion der Arme- Abtheilung Boersch. Armee-Fernsprech-Abteilung Nr. 18. Feld- fliegertruppe.

Train: Fuhrparkkolonne Nr. 232 der 89. Infanterie-Division; Reserve-Fuhrparkkolonne Nr. 69 der 77. Reserve-Division; Maga- zin-Fuhrparkkolonne Nr. 4 III B der Arme-Abteilung v. Strauß.

Saniitäts-Kompagnie Nr. 3 des 14. Armeekorps. Straßbau-Kompagnie Nr. 48.

Die sächsische Verlustliste Nr. 234 meldet Verluste der In- fanterie-Regimenter Nr. 100, 106, 108, 183, 381; Reserve-Inf.- Regiment Nr. 100, 103, 244; Landwehr-Inf.-Regimenter Nr. 101, 106; Landsturm-Regt. Nr. 19; Jäger-Bataillon Nr. 12; Reserve- Jäger-Bataillone Nr. 12, 25. Feldartillerie-Regimenter Nr. 68, 77, 78, 115, 245, 246; Leichte Feldhaubitzen-Abteilung Nr. 192; Landsturm-Batterie, 12. Armeekorps. Artillerie-Bataillone Nr. 22, 23, 25, 55. Garnison-Verwaltung Grimma.

Der Schluß der württembergischen Verlustliste Nr. 315 wird mitgeteilt, deren Inhalt wir gestern angeben.

Berein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse. Montag, den 13. Dezember, abends 8½ Uhr, in der „Neuen Völkhermonie“, Köpenicker Straße 90/92: Vortrag des Genossen Heinrich Schulz: „Unsere Erzieher- aufgaben nach dem Kriege“. Diskussion.

Allgemeine Familienbetriebe. Sonntag, den 12. Dezember: Zahl- und Aufnahmezeit von 2-6 Uhr im Restaurant Gerichstr. 12/13, am Sonnabend, den 18. Dezember, von 4-5½ Uhr in Wildau (Wildauer Hof).

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet für Abonnenten Ende Nr. 5, IV. Hof rechts, portofrei, am Montag bis Freitag von 4 bis 7 Uhr, am Sonnabend von 5 bis 6 Uhr statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Antrage ist ein Buchstabe und eine Zahl als Verzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abnommentatung beigefügt ist, werden nicht beantwortet. Gütige Fragen trage man in der Sprechstunde vor. Verträge, Schriftstücke und dergleichen bringe man in die Sprechstunde mit.

G. S. 12. Wenn für die Ablaufzeit des Vertrages keine bestimmte Verlängerungsfrist vorgegeben ist, so kommt der Vertrag nach fünf Jahren zur Auflösung. — G. R. 99. Berlin kann die Unterstutzung entziehen und die Gemeinde Albershof wird jedenfalls gegen den Zusatz Ihrer Karte Einwendungen erheben. — G. S. 100. Derzeitler, landsturmplüchtig, garnisondienstverwendungsfähig. — M. 2. 44. Wenn die Sachen auf den Namen Ihres Mannes gekauft sind, werden Sie keinen Anspruch erheben können. Im Todesfälle steht allerdings Ihnen und Ihrem Rinde das Erbrecht zu. — G. S. 18. Beides ist nach dem Tode des Bräutigams nicht mehr möglich. — G. 34. Geringe Abweichung der Wirbelhöhe und geringe Unregelmäßigkeiten in der Form des sonst kräftig gebauten Brustkastens; blutfähig. — Gelene 1879. Ja. — M. 26. Ja. — 2. R. 150. Eine weitere Verfolgung der Sache erscheint uns aussichtslos. — Ztr. 13. Ja. — G. S. 99. 1. Die Verordnung über die Frei- fahrt für Urlauber ist erst im Juli erlassen. Sie haben also keinen Anspruch auf Rückerstattung des Jahresgeldes. 2. Nein. — G. 27. Um die Zahl- meister- und Intendantenlaufbahn einzuschlagen, müßten Sie attio dienen und zum Unteroffizier befördert sein. Erst dann kann eine Abkomman- dierung zur Ausbildung in einem Nahmeisterbureau erfolgen. Die Inhaber des Einjährigengeneignisses werden für diese Laufbahn bevorzugt. — G. R. 44. Werden Sie sich beim Verband der Gemeindearbeiter, Engelstr. 14-15.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Freitag mittag. Im Norden überwiegen bewölkt und weicherbreitete, besonders an der Küste ziemlich starke Regenfälle. Im Süden vielfach heiter, dazwischen nur geringe Niederschläge. Ueberall etwas Abkühlung.

Todes-Anzeigen

Sozialdemokratischer Wahlverein Neukölln.

Am 5. Dezember verstarb unser Parteigenosse

Friedrich Janowski

Schöneberg Str. 6, 11. Bezirk.
Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet heute Donnerstag, den 9. Dezember, nachmittags 2½ Uhr, an dem Gemeinde-Friedhof, Mariendorfer Weg, statt.

Um rege Beteiligung ersucht

240/11 Der Vorstand.

Allen Freunden und Bekannten zur Nachricht, daß mein innigst- geliebter Mann, unser bergens- guter Vater, Sohn, Bruder, Schwiegersohn, Schwager und Onkel, der

Otto Tetzl

im Alter von 44 Jahren nach kaum vierzigem Krankenlager am 6. Dezember, abends 8½ Uhr, sanft entschlafen ist.

Dies zeigt im Namen der An- gebhörigen im tiefsten Schmerz an

Antonie Tetzl und Kinder.

Die Beerdigung findet am Freitag, den 10. Dezember, nach- mittags 3 Uhr, von der Halle des Pfandfriedhofes, Nordend, aus statt.

Dankfagung.

Sage hiermit allen Freunden und Bekannten, bezügl. der Frau Pohl und Kollegen meines Mannes für die warme Teilnahme zur Beerdigung desselben und besonders Herrn Schmal vom Transportarbeiterverband für seine zu Herzen gehende Rede meinen besten Dank. Frau Ewe. Tschöpe.

Ziehung 11. u. 13. Dezbr.

Niedersächsische Lotterie

Gesamtw. d. Gewinne Mark

60 000

Größt. Gewinn im glückl. Falle

30 000

Lose zum Originalpreise von 1 M.
Porto und Liste 30 Pf. extra.

6 Niedersächsische und 3 Rote Kreuzlose

in einer eleg. Brieftasche für

Gnstav Haase Nehtg. Berlin

Telegramme: Schwarz, Berlin, Neue Königstr. 86.

Ziehung 22. u. 23. Dezbr.

Rote + Lotterie

Gesamtw. d. Gewinne Mark:

100 000

Erster Hauptgewinn Mark:

50 000

Lose zum Originalpreise von 3 M.
10 Lose in eleg. Brieftasche f. 30 M.
Porto und Liste 30 Pf. extra.

15 M. inkl. Porto u. 2 Listen.

NO. 43, Neue Königstr. 86
u. SO. 16, Neanderstr. 38.

Steppdecken

Spezialhaus

Emil Lefevre

Berlin Oranienstr. 158

einfarbig und bunt 4¹⁵—6⁷⁵
Similseide, alle Farb. 4.35—8.35

Normal-Sommer 135 200 375
Schlafdecken

viele 1000 Schlafdecken von der Heereslieferung erbringt weit unter Preis!

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.

Den Kollegen zur Nach- richt, daß unser Mitglied, der Schlosser

Fritz Janowski

(Neukölln, Schönebergstr. 6)
am 5. d. M. gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 9. Dezember, nachmittags 2½ Uhr, von der Leichenhalle des Neuköllner Ge- meinde-Friedhofes, Mariendorfer Weg, aus statt.

Rege Beteiligung erwartet

123/10 Die Ortsverwaltung.

Nachruf.

Den Mitgliefern fernher zur Nachricht, daß unser Kollege, der Schlosser

Paul Werner

(Weinstr. 2)
am 6. d. M. gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Ortsverwaltung.

Gewidmet zu seinem 28. Geburtstag am 9. Dezember.

Als uns die traurige Kunde zu- teil wurde, daß am 25. Oktober 1914 unser lieber Sohn, Bruder und Bräutigam, der Reservist

Friedrich Krüger II.

(Inf.-Regt. 64, 12. Komp.)
den Heldentod starb, folgte ihm acht Tage später sein lieber Bruder

Wilhelm

auf dem Felde der Ehre.

Dies zeigen tiefbetrübt an

Wilhelm Krüger und Frau. Georg Krüger als Bruder. Flora Oesterreich als Verlobte.

Neukölln, Niehnenstr. 44.

Ihr seid so schwer von uns ge- schieden, daß danger Ahnung auf ein Wiedersehen. Als Heiden seid Ihr im Kampf geblieben, doch kann kein Sturm Quer Bild verwöhnen.

Beklagt, beweint von Euren Lieben, Die Euch nun niemals wiedersehen. So schlaft denn wohl in guter Ruh, Die Eiteliebe denkt Euch zu. Ruhest sanft in Feindesland!

Westmann's Trauermagazin

Größte Auswahl. Billigste Preise.

L. Mohrensirade 37a (Kolonnaden).
II. Gr. Frankfurter Str. 115 (inabe Andreassstr.).
Auswahlsendungen sofort. Amt Zentrum 7890.
Sonntags 12—2 Uhr reibfret.

Kranzspenden

sowie sämtliche Blumenarrangements

liefert schnell und billig Paul Gross, Lindenstr. 69, Tel. 291 7203.

In Freien Stunden

Die Wochenchrift für Arbeiterfamilien

Wöchentlich 1 Heft für 10 Pf.

Dankfagung.

Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme sowie für die zahlreichen Kranzspenden bei der Beerdigung unseres lieben Vaters, Schwieger- und Großvaters

Karl Pötting

sagen wir hiermit allen Verwandten, Freunden und Bekannten unseren innigsten Dank. Familie Pötting-Familie Pade.

Dankfagung.

Für die Beweise herzlichster Teil- nahme und Kranzspenden bei der Beerdigung meiner lieben Frau und guten Mutter sagen wir allen Teil- nehmern unseren innigsten Dank.

Wilhelm Dangel und Kinder.

Was schenke ich zu Weihnachten?



Von Unten Auf

Ein neues Buch der Freiheit

Gesammelt und gestaltet von Dr. Franz Diederich. Mit 26 künstlerisch bedeutenden sozialen revolutionären Bildern und Bildwerten.

Preis: 2 Bände 6 Mk., in 1 Band 5 Mk.

Buchhandlung Vorwärts, Berlin, Lindenstr. 3, Laden

Stoffe

für Maß-Anzüge, Paletots, Uster Meter 6, 8, 10, 12 M.

Damen-Kostüm- und Uster-Stoffe „Neuheiten“ Meter 3, 5, 7 M.

Seiden-Püschle, Persianer imit. Astrachan Meter 10, 15, 20 M.

Koch & Seeland, Tuch-Lager

Bertraudentstraße 20-21.

Herren-Mäntel

Uster, Paletots, Anzüge verkauft große Herren-Kleider-Fabrik jetzt auch an Private.

Stralauer Str. 42/43, 1 Tr.

Sonntags 12—2 Uhr geöffnet.

HERMANN

Sonntag
sind unsere Häuser von
1 Uhr an geöffnet!

Donnerstag
Soweit Vorrat

Grosser Lebensmittel-Verkauf

Fleisch und Fleisch nur
Leipziger Strasse und
Alexanderplatz

Fleisch

Kalbskeule im ganzen Pfund	120
Kalbsnierenbraten Pfund	120
Kalbskamm Pfund	110
Kalbshaxe Pfund	80 Pf.
Schmorfleisch mit Knochen Pfund	120
Rinderkamm Pfund	100
Rinder-Querrippe Pfund	95 Pf.
Hammelkeule im ganzen Pfund	120
Hammelfleisch Pfund	120
Gehacktes Pfund	120

Obst und Gemüse

Grosse Kochäpfel ... Pfund	15 Pf.
Grosse Kochbirnen .. Pfund	15 Pf.
Schwarzwurzel .. Pfund	15 Pf.
Mohrrüben .. Pfund	25 Pf.
Kohlrüben .. Pfund	5 Pf.
Weisskohl .. Pfund	8 Pf.
Rot- u. Wirsingkohl .. Pfund	13 Pf.

Wurstwaren

Zerelatwurst .. Pfund	270
Knoblauchwurst .. Pfund	210
Jagdwurst .. Pfund	105
Feine Leberwurst .. Pfund	210
Landleberwurst .. Pfund	180
Zwiebelwurst .. Pfund	130
Rotwurst .. Pfund	130

Fische

Leb. Karpfen ... Pfund	110 120
Leb. Schleie klein ... Pfund	110
Schellfisch .. Pfund	35 Pf.
Kabeljau im ganzen .. Pfund	45, 55 Pf.
Seelachs im ganzen .. Pfund	55 Pf.
Bratschollen .. Pfund	40 Pf.
Makrelen gesalzen, Stück	8, 20 Pf.
Klippfisch trocken .. Pfund	58 Pf.
Salzfisch gewäss. Pfund	35, 40, 45 Pf.
Fettheringe norweg. n. Hälften	10 St. 75 Pf.

Konfitüren

Kakes • Honigkuchen • Pfeffernüsse • Schokoladen-Nüsse • Marzipan-Konfekt • Konfekt-Baumbehang usw.

Kuchen-Backmehl 75 Pf.
ohne Brotkrumen, verwendbar, vollkommener Ersatz für Weizenmehl

Dresd. Christstollen 170
in Feldpostpackung für unsere Krieger und Verwundeten

Für den Versand
als Liebesgaben

Weine • Liköre • Spirituosen

für unsere Krieger
und Verwundeten

Mosel- u. Rheinweine

1912 Oberhaardter ... 73 Pf. 700
1912 Caseler .. 95 Pf. 900
1910 Sommeracher ... 110 1000
1910 Bocken. Riesling . 120 1200
1911 Lieserer Niederberg 100 1600
1911 Lieserer Paulusberg 100 1800

Bordeauxweine

1911 Gutanna .. 110 1100
1911 Latour de Hilde .. 120 1200
1911 Chat. La Tour de Reneb 170 1600
1911 Pomerol .. 100 1800
1911 Ch. Branaire Duera, St. Julien Medoc. 270 2600
1911 Ch. Montrose-St. Estephe 300 2900

Schaumweine

Hertie Gold Frucht-Schaumweine 1/2 Fl. 140
Kaiser-Sekt mit Zusatz von Kohlensäure 1/2 Fl. 240
Moselstolz-Trocken .. 1/2 Fl. 310
Burgelf-Grün .. 1/2 Fl. 500
Kupferberg-Gold .. 1/2 Fl. 270
Mattheus Müller Extra .. 1/2 Fl. 270

Spirituosen

Kognak Verschnitt } ... 1/2 Fl. 200 270
Rum Verschnitt }
Arrak Verschnitt .. 1/2 Fl. 240 200
Tafel-Kümmel .. 1/2 Fl. 100 95 Pf.
Ingwer-Likör .. 240 100
Pfeffermünz-Likör .. 240 100

Cigarren und Cigaretten

als Liebesgabe für unsere Feldgrauen
Cigarren in den Preislagen .. 8, 10, 12, 15, 20 Pf.

Cigaretten

100 Stück mit Goldmündstück
100 125 145 200 300

Shag-Pfeifen

per Stück
30, 60, 85 Pf. 100 250

Tabaksbeutel

verschiedene Grössen
40, 60 Pf. 100

Pfeifentabake

verschiedene Sorten
in allen Preislagen

Zentralverband der Lederarbeiter

und Arbeiterinnen Deutschlands.

Filiale Berlin I.

Samstag, den 12. Dezember, vormittags 10 Uhr, bei G. Schmidt, Pringelallee Nr. 38:

Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung: Vorstandswahl.
Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht
Der Vorstand. 100/14

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Filiale Groß-Berlin.

Weihnachts-Unterstützung.

Die Auszahlung unserer Weihnachtsunterstützung wird in folgender Weise und unter nachstehenden Voraussetzungen vor sich gehen, und zwar

1. Für die Familien der Kriegsteilnehmer.

Bezugsberechtigt sind die Frauen, deren Männer mindestens bis zum 5. Dezember zum Oeere eingezogen worden sind und vor dem Eintritt in den Oeeresdienst mindestens 20 Wochenbeiträge geleistet haben! Sonstige Familienangehörige, deren hauptsächlichster Ernährer der eingezogene war, erhalten diese Unterstützung gleichfalls ausbezahlt, wenn sie sich über den Bezug der Reichsunterstützung ausweisen können.

Mitgliedsbücher, soweit solche noch nicht an uns eingeleitet sind, müssen mitgebracht werden! Ohne Mitgliedsbuch keine Unterstützung. Mitglieder, die am Eingangszeitpunkt mehr als acht Wochen mit den Beiträgen im Rückstand waren, können keine Unterstützung erhalten.

Legitimation, als Nachweis ist der Unterstützungsbogen oder die Berechtigungsliste der städtischen Werke oder ein sonstiger gültiger Nachweis darüber, daß sich das Mitglied zurzeit beim Oeere befindet, mitzubringen. Die Auszahlung erfolgt an folgenden Tagen im

Saal V des Gewerkschaftshauses, Engelufer 14/15,

in der Zeit von 9 Uhr vormittags bis 3 Uhr nachmittags, und zwar für die Mitglieder, deren Namen beginnen mit den Anfangsbuchstaben

- von A bis E am Montag, den 12. Dezember
- F J Dienstag, den 14. Dezember
- K L Mittwoch, den 15. Dezember
- M R Donnerstag, den 16. Dezember
- S X Freitag, den 17. Dezember
- T Z Sonnabend, den 18. Dezember.

2. Arbeitslose.

Arbeitslose, die mindestens 50 Wochenbeiträge entrichtet haben, erhalten, auch wenn sie bereits ausbezahlt sind, ihre Weihnachtsunterstützung am Sonnabend, den 18. Dezember, vormittags von 9-12 Uhr, im Reifestal der Ortsverwaltung ausbezahlt.
Die Ortsverwaltung.

Speiseleiniöl

im Einzelverkauf zu haben.
Celmühle G. M. Wolf,
Wustlager Str. 55, Laden. 104/11

Reuters Werte

3 Bände 4 Mark
Buchhandlung Vorwärts

CARDINAL
ZIGARETTEN
sind Qualitätsmarken

FOVEAUX
RAUCHTABAKE
überall erhältlich

Frack-, Smoking-, Gehrock-Verleih-Institut
S. Berg Nachf. Borchardt,
jetzt Friedrichstraße 122/123.

Georg Andree
Likör- u. Spirituosen-Fabrik
Berlin O, Prenslauer Straße 1/2.
Feld-Post-Pakete mit Füllungen nach eigener Wahl
a 80 Pf., 1 M., 125 M.

Ungeahnte Erwerbs-Möglichkeiten

bietet die nächste Zukunft. Eine tiefgreifende Änderung unserer gesamten Wirtschaftslebens, ein gewaltiger Aufschwung unserer Industrie u. des Handels steht bevor, und es werden überall

geschulte Kräfte gesucht

sein. Angehörige technischer Berufe u. Handwerker sollen nicht veräumen, ihre Kenntnisse und Fertigkeiten der kommenden Zeit anzupassen, um teilzunehmen an den wirtschaftlichen Erfolgen, die naturgemäß das Ergebnis des gewaltigen Ringens sein müssen. Das beste Mittel, rasch und gründlich, ohne Lehrer, durch einfachen Selbstunterricht eine gründliche Ausbildung in technischen Wissenschaften zu erwerben, sind die technischen Selbstunterrichtswerke „Syst. Karmack-Hochfeld“. — Ausführliche 80 Seiten starke Broschüre versenden gern kostenlos Bonness & Hochfeld, Potsdam, Postfach 107

Invalidentasse der Gürtler in Berlin.

Am Montag, den 13. Dezember, abends 6 Uhr, findet die

General-Versammlung

im Gewerkschaftshause, Engelufer 15, Saal 5, statt.

- Tagesordnung:
1. Wahl einer Kommission zur Aufstellung der Rechnung des laufenden Jahres.
 2. Festlegung der Rente für 1916.
 3. Bericht über den Jahresabschluss.
- Der Vorstand. 207/11

3 gut erhaltene Koff-Cafen mit vollständigem Zubehör, circa 30 bis 35 Gasbängelampen, 1 großer Wäffertrog, diverse Schmelz- u. billig zu verkaufen. Zu erfragen in der Zeit von 9-12 und 3-5 bei Schwertstein u. Kofetz, Schlichterstraße 24. Tel. Steingl. (661).

Annahmestellen für „Kleine Anzeigen“

- Berlin C. H. Gubisch, Adrestr. 174.
- O. Kari Welle, Petersburger Platz 4. R. Wengels, Marienstraße 56.
- NO. 2. Juch, Immanuelstr. 12.
- N. H. Wolgast, Wallstraße 2. G. Hühner, Wallstraße 6.
- Kari Wiers, Breitenburger Str. 22. J. Gubisch, Adrestr. 174.
- G. Vogel, Longstr. 37.
- NW. Salomon Joseph, Wilhelmshagenstr. 42.
- SW. G. Schmidt, Börsenstr. 42.
- S. St. Preis, Pringelstr. 31. G. Schmann, Rotfischer Damm 8.
- SO. Paul Böhm, Langher Weg 14/15. G. Gericke, Engelufer 15.
- Adlershof. Kari Schwarze, Dismarckstr. 28.
- Baumschulenweg. G. Hrnig, Marienhaler Str. 13. I. Borsigwalde. Paul Riensch, Adrestr. 10.
- Charlottenburg. Gustav Scharnberg, Seidenstr. 1.
- Friedrichshagen. Ernst Wertzmann, Röpkenstr. 12.
- Grünau. Franz Klein, Friedrichstr. 10.
- Johannisthal. Max Gonschur, Adrestr. 28.
- Karlshorst. Hermann Gilling, Dönhofstr. 28.
- Köpenick. Emil Hühner, Regerstr. 6. Laden.
- Lichtenberg I. Otto Seifert, Gartenbergstr. 1.
- Lichtenberg II. H. Rojenz, Alt-Boogstr. 56.
- Neukölln. W. Heinrich, Redarstr. 2. E. Rühr, Stegriedstr. 28/29.
- Nieder-Schöneweide. Emil Hühner, Brückenstr. 10.
- Nowawes. Kari Kroschke, Friedrichsplatz 37.
- Ober-Schöneweide. Alfred Haber, Wilhelmshagenstr. 17. Laden.
- Pankow. Otto Hühner, Wallstr. 30.
- Reinickendorf. G. Gericke, Dönhofstr. 28. Laden.
- Schöneberg. Wilhelm Hühner, Martin-Luther-Str. 69 im Laden.
- Spandau. Schuhmacher, Dönhofstr. 64.
- Steglitz. G. Hühner, Adrestr. 5.
- Tempelhof. Joh. Kroschke, Dönhofstr. 28.
- Treptow. Robert Gramen, Kieboldstr. 412. Laden.
- Weißensee. Gustav Kroschke, Berliner Allee 11.
- Wilmersdorf. Paul Schuber, Bild-Imhaus 27.